

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenzeilige Postzeile oder deren Raum 70 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, frühestens früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 235.

Mittwoch, den 8. Oktober 1919.

26. Jahrg.

## Die Allenschuld am Kriege.

Unter der Überschrift: „Legenden? — Nein, Wahrheiten!“ schreibt im „Populaire“ vom 2. Oktober der südfranzösische sozialistische Abgeordnete **Sixte-Duennin**:

„Niemand in Frankreich wollte den Krieg! Wie oft ist nicht dieser Satz wiederholt worden, seitdem jene Katastrophe entfesselt wurde, die Millionen von Menschen vorzeitig hinwegnehmen sollte.“

Man findet diesen Satz in allen nationalistischen Blättern, manchmal gar unmittelbar neben dem Nachruf auf einen berühmten Militaristen oder Nationalisten, dem nachgerühmt wird, er habe 43 Jahre lang ungeduldig auf den Tag der Revanche gewartet. Man findet diesen Satz täglich unter der Feder einiger Sozialisten, denen es beliebt, immer nur die eine Seite aller Fragen zu betrachten und die dadurch andere Sozialisten veranlassen, ebenfalls immer nur die andere Seite zu berücksichtigen. Dieser Satz führte z. B. dazu, zu vergessen, daß, wenn auch Rußland als erstes mobil gemacht hat, es doch Deutschland war, das Frankreich den Krieg erklärt hat.

Das friedliebende Frankreich, das Frankreich, das bereit war, die schlimmsten Demütigungen zu ertragen, um den Krieg zu vermeiden, und das diese Demütigungen sogar ertrug, ist das selbstverständliche Leitmotiv aller Mistfäden der Radikalen.

Wenn man die einen und die anderen daran erinnert, daß während vieler Jahre die Politik zahlreicher französischer Politiker auf den Krieg gerichtet war, wenn man ihnen alle Kämpfe ins Gedächtnis ruft, die die französische sozialistische Partei, mit Jaures an der Spitze, gegen die Kriegswünsche und gegen den Willen zum Krieg liefern mußte, geben unsere bis Ans-Ende-Kämpfer aus der Linken herablassend zu: „Wohl, es gab bei uns einige Nationalisten, die den Krieg zu wollen schienen, aber es waren Männer ohne Einfluß, ohne Autorität, während es in Deutschland die Kriegspartei war, die alle Macht besaß; Frankreich dagegen hat immer den Frieden gewollt!“

Bei Gott ja, wenn Frankreich gleichbedeutend mit dem französischen Volke ist, wird sich niemand finden, der bestreiten wird, daß dieses in seiner überwältigenden Mehrheit den Frieden wollte, genau so, wie in ihrer überwältigenden Mehrheit das russische, das deutsche und das italienische Volk den Frieden wollte, als sie ihre Machthaber in den Krieg stützten.

Aber hatte man das Recht, wenn man die Dinge unparteiisch beurteilen wollte, den Krieg verherrlichenden Neußerungen dieses oder jenes deutschen Generals oder Politikers eine besondere Bedeutung beizumessen und dabei die Tatsache als gleichgültig hinzustellen, daß der General Chérisils das „göttliche Wesen“ des Krieges verkündete, den er als „notwendigen Überlaß zur Wiederherstellung der moralischen Gesundheit einer vor sündhaften Begierden platzenden Welt“ bezeichnete. Wie durfte man auch die Ansicht des Herrn Dauffet (eines führenden nationalistischen Pariser Abgeordneten und Journalisten. D. Red.) außer acht lassen, der behauptete, daß „der Krieg keineswegs so schädlich sei, wie es manche behaupten“ und daß der Krieg „männliche Tugenden“ entwickle und daß „der ewige Friede jede Anstrengung erschaffen“ lasse.

Mit welchem Hohn hätte man uns überschüttet, wenn wir behauptet hätten, daß ein berühmter deutscher Schriftsteller Mitglied des Reichstages und einer deutschen Akademie, Vorsitzender eines Vereins, der Tausende von Mitgliedern zählte, ein unbedeutendes Subjekt sei, dessen kriegsfreundlichem Wirken keinerlei Bedeutung beizumessen sei?

Aber wenn die Barres, Dauffet, Chérisils, die Patriotenliga, die Preßfeldzüge des „Echo des Paris“ und des „Matin“ nichts bedeuten und nur beweisen, daß Frankreich, das gesamte Frankreich, stets den Frieden gewollt habe, kann man dann mit derselben Leichtigkeit einen Mann wie Herr Clemenceau abtun, von dem, wie man auch über ihn denken möge, niemand bestreiten kann, daß er in unserem Land eine bedeutende Rolle gespielt hat?

Unser Freund Varenne, (der Führer der rechtssozialistischen Gruppe der Bierzig und Chefredakteur des Blattes „La Politique“. D. Red.) hat wohl eingesehen, daß das nicht ginge, und er bedauert das gefährliche Wort, das dem Chef der Regierung vor einigen Tagen entlockt ist (in seiner Rede über den Friedensvertrag und mit einer persönlichen Spitze gegen Caillaux. Red.), als er den Vertrag von 1911, der Deutschland einige Kümpfe im Kongo als Kompensation für unsere Bewegungsfreiheit in Marokko gewährte, als „eine Kompromisselei, einen moralischen Schwächenfall, beinahe eine Unterwerfung“ bezeichnete.

Dieses Wort, jagte Varenne, birgt die Gefahr in sich, unsere öffentliche Meinung zu beunruhigen, die bereits durch so viele Legenden verwirrt wurde!

Nein, Varenne, dieses Wort wird vielmehr die Ansicht derjenigen bekräftigen, die stets glaubten, daß der französische Radikalismus nationalistisch vergiftet war. Die Ansicht derjenigen, die nicht vergessen haben, daß, wenn Jaures von der Tribüne der Kammer aus, für den Frieden arbeitete und die Gefahren eines Krieges verkündete, es nicht nur irgend ein Buglietti-Conti (ein ultranationalistischer Pariser Abge-

ordneter. D. Red.) war, der ihn beschimpfte, sondern auch Radikale und Progressisten. Die Ansicht derjenigen, die wissen, daß, wenn Caillaux nunmehr bald zwei Jahre unter Billigung der französischen Radikalen im Gefängnis sitzt, dies nicht, weil er damals nicht der Mann des Krieges sein wollte.

Das sind keine bösen Legenden, sondern unbestreitbare Wahrheiten, mit denen das französische Volk, das den Frieden wollte, sich leider nicht genug durchdrungen hatte und die es mehr denn je notwendig ist, ihn zu wiederholen.

Das Wort Clemenceaus ist nicht gefährlich, sondern es ist wahr, und die Wahrheit ist nicht gefährlich, es ist vielmehr die Lüge, die wir bekämpfen müssen.

Der Clemenceau, der dieses Wort gesprochen hat, war nicht ein Clemenceau, der aus seiner Haut herausgefahren war, sondern der Clemenceau, wie er stets war, der Boulanger „machte“, der Deroulede und Poincaré bekämpfte,

obwohl er ihre Gefühle teilte. Und dieser Mann, der zweimal Frankreichs Geschicke geleitet hat, dessen Name auf allen öffentlichen Gebäuden stehen wird, hat verkündet, daß man mit Deutschland erst verhandeln durfte, nachdem man es militärisch geschlagen hatte, wollte man nicht Landesverrat begehen.

Das ist genau dieselbe These, die Herr Barres einige Tage vorher vertreten hatte. Aber niemand in Frankreich wollte den Krieg!“

Die ironische Schlusswendung richtet sich offenbar in erster Linie gegen Albert Thomas, Renaudel, Comperé Morel, Varenne und all diejenigen französischen Sozialisten, die mit der Stimmenthaltung über den Versailler Frieden eine Kriegspolitik gekrönt haben, die sich auf die angebliche völlige Schuldlosigkeit Frankreichs stützte. Demgegenüber verkündet der Artikel die einfache Wahrheit: es ist hüben und drüben gesündigt worden.

## Die große politische Aussprache.

Bauer und Scheidemann.

Die zweite Lesung des Etats des Reichsministeriums brachte in der Nationalversammlung die große politische Aussprache, die durch eine Programmrede des Reichsanzlegers **Bauer** eingeleitet wurde. In gewichtigen Worten unter allgemeiner Spannung des Hauses legte Genosse Bauer die Verhältnisse dar, unter denen die Reichsregierung jetzt arbeitet. Er begrüßte die Steigerung der Arbeitsfreudigkeit des deutschen Volkes, aus der allein eine Gesundung der deutschen Wirtschaft erwachsen könne. Er stellte fest, daß noch immer viel zu viel gestreift wird, ein so wichtiges gefährliches Kampfmittel, wie der Streik, dürfe nicht mißbraucht werden. Trotz der Schwierigkeiten, die die äußerste Rechte und Linke der Regierung bereite, werde diese ihren Weg gehen zu Nutzen des ganzen Volkes, besonders aber der Arbeiterklasse. Die Nationalversammlung müsse ein großes Arbeitspensum in diesem Winter erledigen, erst im Frühjahr könne es Neuwahlen geben, die dann ein Bild von der Parteirichtung des deutschen Volkes geben werde. Bis dahin müsse die Regierung trachten, im Inlande die durch Jahrzehnte vernachlässigten Rechte der Arbeiterklasse zur Geltung zu bringen und im Ausland, das infolge der unverantwortlichen Propaganda, besonders der „Anabhängigen“, Deutschland mit großem Mißtrauen entgegenkomme, moralische Eroberungen zu machen. Der Reichsanzleger betonte nochmals den guten Willen der deutschen Regierung, den schweren Frieden von Versailles nach bestem Wissen und Können zu erfüllen, und so mit reiner Gesinnung an einer besseren Zukunft zu arbeiten.

Der Sprecher der Demokraten, Senator **Peterzen**, der unzulänglich das große Erbe Naumanns übernommen zu haben scheint, schlug stillliche Töne an, appellierte an alles mögliche Gute und Schöne und landete nach gewohnter Weise bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Das große Erlebnis des Tages war natürlich die großzügig aufgebauete Rede des redgewaltigen Führers der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Genossen **Scheidemann**. Er nahm Stellung zu allen Fragen der inneren und äußeren Politik und gab bei gleichzeitiger Versicherung der Meinungslosigkeit mit der Regierung ein breiteres Programm. Scharf griff er die Politik der „Anabhängigen“ an, die die Macht der Arbeiterklasse untergrabe. Er räumte mit den Schlagworten auf, die immer wieder ertönen und der sozialistischen Partei Deutschlands Verrat an der Arbeiterklasse vorwerfen, indem er das hinterhältige Vorgehen des Unabhängigen Haase in den jüdischen Kompromißverhandlungen brandmarkte. Wie ein Reinigungssturm setzten seine Worte durch das Haus und brausender Beifall folgte seiner Rede.

Nach ihm sprachen noch die Abgeordneten **Graf Borsdorsky** (Deutschnat.) und **Joos** (Zentrum). Nach Scheidemann vermochten sie weder in der Form, noch im Inhalt das Haus auf der Höhe des Interesses zu halten.

Das Haus vertagte sich auf Mittwoch, wo nach der üblichen Interpellation der Rechte, die Beratung fortgesetzt wird.

## Deutsche Nationalversammlung.

Dienstag, 7. Oktober 1919.

Am Regierungstische: Bauer, Müller, Erzberger, Schilde, Dr. David, Dr. Koch, Mayer, Schäffer.

Auf eine Anfrage der Abgeordneten **Laverenz** und **Schiele** (DN.) über die unter den heimkehrenden Kriegsgefangenen von der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene herausgegebene Schrift, deren Inhalt eine Schilderung der Revolution in ausgesprochen sozialdemokratischem Sinne darstelle, erwidert Reichskommissar **Levy**: Der Regierung ist nicht bekannt, daß Kriegsgefangene an dieser Schrift Anstoß genommen haben. (Lebhaftes Hört, hört! rechts und Unruhe.) Die behördlichen Stellen haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die Heimkehrenden im republikanischen Sinne aufzuklären.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts für das Reichsministerium, dem Reichsanzleger und die Reichsanzlei.

Reichsanzleger **Bauer** teilt dem Hause den Eintritt der Demokraten in die Reichsregierung mit. Er führt aus: Das Kabinett repräsentiert die überwiegende Mehrheit unseres Volkes. Ob dieses Stärkeverhältnis, wie es die Wahlen vom 18. Januar feststellt

haben, immer noch der parteipolitischen Schichtung Deutschlands entspricht, sollen die Neuwahlen zum ersten Reichstage der Republik zeigen, die angefaßt des Arbeitsloches der Nationalversammlung nicht vor Frühjahr angefaßt werden können. Die Vorlagen über die Arbeiterräte und den Reichswirtschaftsrat, die Steuergeetze, der Etat und die Wahlgeetze, das Mannschafts- und Heimstättenversorgungsgesetz werden unbedingt noch von diesem Hause erledigt werden müssen. Das Programm des Kabinetts ist das gleiche geblieben. Es wird noch immer zu viel in Deutschland gestreift. Der Streik muß wieder werden, was er war: das letzte, nur mit höchster Selbstzucht anzuwendende wirtschaftliche Kampfmittel. Die Korruption, die noch in voller Blüte steht, muß in allen Schichten ohne Ansehen der Person bekämpft werden. Der Gelegenheitsarbeiter in den Betrieben und die Wirtschaftsräte soll den Arbeiter im Zukunft führend an der Entwicklung der Wirtschaft mitbeteiligen. Die Wahlen zu den Betriebsräten sollen möglichst schon im Anfang des nächsten Jahres stattfinden. Wie die Zivilprozessordnung des Verfahrens vor den ordentlichen Gerichten regelt, so muß eine Schlichtungsordnung, deren Entwurf im Reichsarbeitsministerium bereits vorliegt, die Rechts Garantien für ordnungsgemäße Beilegung der Schlichtungsausschüsse und für ein geregeltes Verfahren festlegen. Das letzte Ziel ist das obligatorische Schlichtungsgericht, das Streits auf das äußerste Maß beschränkt. Ein Gesetz über den Einstellungs-zwang soll die Kriegsbeschädigten vor dem sozialen Verfall schützen. Das Gesetz über die Militärrentenverföngung muß noch in diesem Winter erledigt werden. Auch der Weg der Ansiedlung wird beschritten werden. Ein Arbeitszeitgesetz ist in Vorbereitung, wodurch der Achtundtag fester gestellt wird. In Stelle der Arbeitslosenfürsorge muß Arbeitsbeschaffung treten. Die Arbeit bei den Eisenbahnen und in den Eisenbahnwerkstätten muß gesteigert werden.

Wir müssen zu unserem Schmerz sagen, fast überall in der Welt außerhalb unserer Grenzen ist wieder eine Propaganda am Werk, die uns den Friedenswillen abspricht. Den meisten Mißdeutungen und Verdächtigungen ist die Reichswehr ausgesetzt. Wir brauchen die Reichswehr zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern und zur Fernhaltung verheerender Einflüsse auf die Volksabstimmung über das künftige Schicksal deutscher Landesteile. Unter der Voraussetzung der baldigen Ratifizierung des Friedens durch drei gegnerische Mächte hatten wir bereits einen Plan zur Verabreichung der Truppen aufgestellt. Der seine Pflicht tut und seine Stellung nicht freiwillig parteipolitisch mißbraucht, ist in der Reichswehr der Republik willkommen. Schlimm ist, daß dem Ausland aus Deutschland selbst vor rechts und links das Bild der Republik gefälscht wird. Wir haben die Aufgabe, moralische Eroberungen zu machen; wenn wir uns daran nicht mit reinen Händen machen, sind wir von vornherein verloren.

**Im Vatikum haben wir nichts zu suchen.**  
Ich bin überzeugt, unsere Maßnahmen werden zu einem Erfolg führen. Ich protestiere gegen das letzte Ultimatum, das unsere deutschen Frauen und den deutschen Kindern das bisherige Feind und Miß abbrochelt. So haben wir uns den Völkerverbund nicht gedacht! Wir beglücken den Vertrag mit Polen. Es ist schmerzhaft, daß der Rücktritt unserer Kriegsgefangenen so geringe Fortschritte macht. Die Reichsregierung erhebt den Ruf: Für friedlichen Aufbau der Völkerverständigung — gegen die gemissenen Brunnenvergitter des Chauvinismus. (Langanhaltender, lebhafter Beifall bei der Mehrheit des Hauses. Zischen bei der Rechte.)

**Abg. Peterzen** (Dem.). Jede Politisierung der Armeen ist zu verwerfen. Wir halten die Revolution für ein großes Unglück, eine organische Entwicklung zu demokratischen Zuständen wäre uns lieber gewesen. Arbeit ist Staatsnotwendigkeit; doch erkennen wir das Streikrecht grundsätzlich an. Wir sind für ein geschlechtes Schiedsgerichtsverfahren, Einführung der Akkordarbeit, Abbau der Erwerbslosenunterstützung, Schutzmaßnahmen gegen jeden Terror, schnellen Abbau der Zwangswirtschaft. (Beifall bei den Demokraten.)

**Abg. Scheidemann** (Soz.). Ich kann die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, den Reichsanzleger Bauer zu begrüßen. Uns trennen keine Meinungsverschiedenheiten. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages ist ein weltgeschichtliches Faktum und gegen die Weltgeschichte polemisiert man nicht.

Ich freue mich, daß die demokratische Partei zur Anteilnahme an den Regierungsgeschäften sich zurückgefunden hat. Selbstverständlich wäre mir eine rein sozialistische Regierung lieber. Wer als Offizier freiwillig den Rod der Repu-

Es trägt, soll provozierende Reden gegen die Republik unterlassen. Somit zeigt er, daß sein Erbegriff in ein bedeutendes Schwanken geraten ist. Ich möchte, daß die Verhandlungen des Ministerrats nach dieser Richtung hin erfolgreich sein werden. Wenn es schon früher so gewesen wäre, dann wäre uns mancher Verdruß, namentlich im Auslande, erspart geblieben. Man muß diesen Dinau die größte Aufmerksamkeit zuwenden, gerade weil nur die Reichswehr als wirkliche Schutztruppe der jungen deutschen Republik gegen Bedrohungen von rechts und links haben wollen.

Ich sehe in der Verwendung eingekleideter Monarchisten in wichtigen Stellen der Armee und des Sicherheitsdienstes noch eine andere Gefahr.

Wenn Monarchisten und Spartakisten brauchen einander. Wenn der Spartakismus die Demokratie sabotiert, fördert er die Reaktion. Der Spartakismus müßte den Monarchismus erfinden, wenn er nicht da wäre. Wir haben kein dringenderes Interesse, als den Belagerungsstand zu beenden, sobald wie möglich aufzuheben, das Volk ohne Unterschied der Partei in den Vollbesitz seiner demokratischen Freiheitsrechte zu setzen. Wir wünschen so klar wie möglich zu sehen, ob eine spartakistische Putschgefahr noch besteht. Die „Unabhängigen“ behaupten, sie bestände nicht. Ich wünsche von Herzen, ich könnte das auch mit derselben Bestimmtheit sagen, aber dann bitte ich Sie (zu den U. S.), dringend, dahin zu wirken, daß so unbillige Streiks, wie der am letzten Donnerstag hier in Berlin, vermieden werden. Ich bitte also die Regierung, keinen Augenblick zu vergessen, daß der Belagerungsstand garrichtigeres Unrecht ist, als ein uns aufgedrängter Notwehrzustand. Gefährlich wäre das Experiment, ihn heute aufzuheben und morgen wieder einzuführen. Auf der anderen Seite darf eine Regierung, die unser Vertrauen besitzt, sich niemals auf den Standpunkt stellen, zu sagen: Mit dem Belagerungsstand geht es ganz gut, also warum keine Aufhebung vornehmen. Das Volk muß sehen, daß die Demokratie nicht bloß eine neue Fassade für Klassen- und Klassenwirtschaft sei. In diesem Sinne rufe ich der Regierung zu: der Feind ist rechts! (Unruhe rechts.) Ich wäre sehr glücklich, wenn ich heute schon sagen könnte, er steht nur rechts. Zur Bekämpfung der gegenrevolutionären Gefahr ist die Einigung der Arbeiterklasse das einzige Mittel. (Sehr wahr.) Ich wende mich an Sie (zu den U. S.) mit dem eindringlichsten Appell, Sie glauben, daß Sie uns viele Fehler vorzuwerfen haben. Wir glauben dasselbe von Ihnen, aber wir empfinden gleichwohl den tiefsten Widerwillen gegen die Selbstzerstückelung der Arbeiterklasse. Ich war nie ein Anhänger des Schlagwortes, das Vaterland über den Parteien, denn ich war immer davon überzeugt, das Vaterland für den Armen. Das Vaterland ist bei der Partei der armen Leute, dem Sozialismus, am besten aufgehoben. (Sehr wahr.) Ich bin überzeugter Anhänger des Grundgesetzes: Die Sache der Arbeiterbewegung über die Sache der Fraktion. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Ihr agitatorisches Behaupten zeigt Sie, uns Scheinsozialisten zu nennen. Es wäre traurig um die Sache des Sozialismus bestellt, wenn in diesem Hause 165 Scheinsozialisten und nur einige zwanzig echte Sozialisten wären. So lange die Arbeiter nicht einsehen, daß ihnen nur die Einigkeit helfen kann, kann es nicht besser, sondern nur schlechter werden. Statt die Arbeiter zu zerstückeln, sollten Sie alle Kräfte darauf setzen, daß bei den nächsten Wahlen hier eine sozialistische Mehrheit einzieht, die Sie allein nicht erreichen können.

Sie (zu den U. S.) werfen uns vor, daß wir eine gemeinsame Regierung mit den bürgerlichen Parteien bilden. Sie selbst haben uns dazu gezwungen. In Sachen hatten unsere Parteigenossen die Wahl, entweder mit den Demokraten oder mit den „Unabhängigen“ die Mehrheit zu bilden. Als aber die sachlichen „Unabhängigen“ sich in ernste Verhandlungen einlassen wollten, wurde von den ganz „Unabhängigen“ eine Reichstagskommission einberufen, und da erklärte Daaq: von einer gemeinsamen Regierungsbildung mit den Rechtssozialisten könne keine Rede sein. Bei Verhandlungen müsse man die Bedingungen so stellen, daß sie unannehmbar seien. (Hört, hört! bei den Soz.) So sind die Verhandlungen gescheitert. Der frühere Abg. Ledebour nennt diese Politik mit Recht eine Komödie. Wenn ich alle Schuld auf Erden rückt, so muß ich auch die Schuld rücken, die die „Unabhängigen“ durch ihre Arbeiterpolitik auf sich geladen haben. Die Pläne der Sozialisierung lassen sich nicht übers Knie brechen. Der gemeingefährliche Irrtum, der dem Arbeiter die Meinung beibringt, daß es ihm um so besser gehe, je weniger und je schlechter gearbeitet werde, muß beseitigt werden. Wir können unserem Volke keine vierzigjährige Wägenwanderung zumuten, um ins gelobte Land zu kommen. Wüste liegt genug hinter uns. Das Volk will sofort in eine günstige Lage kommen. Wir haben aber den Mut, dem Volk zu sagen, daß es dazu noch viel lernen muß.

So wenig im Staat eine Rückkehr zur Monarchie nötig ist, so wenig ist in den Betrieben eine Rückkehr zum patriarchalischen System möglich. Wir erklären in dem Gesetz über die Betriebsräte den Anfang einer Umwidmung des Unternehmertums, aus einer ausbeutenden zu einer führenden Schicht. Auf diesem Gebiete können wir keinen Schritt zurückweichen. Unsere Industrie wird noch bestehen, wenn der letzte Rest des alten Herrschens aus ihr verschwunden sein wird.

Wir sind durch den Friedensvertrag der Lohnarbeiter der ganzen Welt geworden. Daher müssen wir die Arbeiterinteressen gegen die Interessen des internationalen Kapitals vertreten. Ich hoffe, daß wir hierzu auf der Konferenz in Washington Gelegenheit haben werden. Man wird dem deutschen Arbeiter nicht den Zutritt verweigern dürfen.

Der Regierung wird ihre unendlich schwere Arbeit von ganz rechts und ganz links erschwert. Wir haben leider noch hier und da Reste des alten Militarismus, und die äußerste Unruhe befriedigt damit ihr Agitationsbedürfnis. Es ist unverantwortlich, wenn die Soldaten in Kurland aufgeführt werden, den Befehlen der Regierung Widerstand zu leisten. (Sehr wahr, links.) Über ebenso unverantwortlich, wenn Leute in Luzern bedrücken, wir hätten noch 1 200 000 Soldaten. Dadurch schafft man nur eine Panzermannschaft in Frankreich. Durch die Art, wie die „Unabhängigen“ die belgische Angelegenheit behandeln, wird die internationale Kritik verächtlich. Gegen die ungeschickliche Unterstellung, als ob die Regierung mit den Behauptungen der Regierung unter einer Decke stehe und ein Spiel mit vertriebenen Rollen treibe, muß auch durch Deben der Gegenbeweis geführt werden. Namens meiner Partei rufe ich nochmals an die Soldaten im Baltikum die Auforderung, sich ihrer Pflicht als Soldaten und Volksgenossen bewußt zu werden. Bleibe das vernünftige Zureden ohne Erfolg, dann hat die Regierung unsere volle Unterstützung, wenn sie zu den einschließenden Maßregeln greift. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir danken unseren Genossen im besetzten Gebiet, daß sie gegen alle Verlockungen von Seiten der französischen Militärs ihren Mut und gegen alle Drohungen fest gehalten sind. Sie haben das Recht auf ihrer Seite, denn wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß der Friede auch dem Sieger Verpflichtungen auferlegt, sonst wäre es eben kein Friede. Auch durch die militärische Ausrüstung getrieben, bleiben wir doch ein Volk, und weber läßt noch Gewalt werden uns trennen. (Beifall.) Wir hoffen, daß jeder Deutsche in den Abstimmungsgebieten seine Pflicht tut.

Wenn wir von den Volksgenossen sprechen, die Siegermacht von uns getrennt hat oder zu trennen versucht, können wir auch Deutsch-Deckerreie nicht vergessen. Es trägt das herbe Los von allen, weil die Feinde nicht zerfallen konnten. Ich erwarte, daß die nächsten Wahlen eine deutliche Trennung zwischen dem Fleiß und Blut von unserem Blute ist. Unter diesem Zwang stehen wir die Erklärung zum zweiten Mal des Art. 163 zu wiederholen. Aber wir haben das Vertrauen in die Zukunft, daß es als unzulässig erachtet wird, zwei reindeutsche Staatsweien, die innerlich zueinander stehen, dauernd getrennt zu halten. Wir werden nie aufhören, das Selbstbestimmungsrecht auch für Deutsch-Deckerreie zu fordern. In eine gewalttätige Veränderung der Friedensbedingungen hat in Deutschland kein vernünftiger Mensch geglaubt. Das möchte ich gerade namens derer erklären, die dem Friedensvertrag nicht zustimmen konnten.

### Unser nächstes Ziel ist die Umgestaltung des Völkerverbundes.

Wir glauben an den internationalen Aufstieg der Arbeiterklasse, nicht wie fanatische Schwärmer, sondern wie Männer, die schon manche bittere Erfahrung erlebt haben. Niemals von der Renanz sprechen, immer daran denken, was nach 1871 die Parole Frankreichs. Wir wollen weber davon sprechen, nach daran denken. (Sehr gut! bei den Soz.) Denn der Krieg ist so greulich geworden, daß er kein berechtigtes Mittel der Politik sein kann. Er kann auch dem Sieger nicht ersetzen, was er nimmt. Deshalb haben wir vom ersten Tage der Unterzeichnung an nicht an einen gewalttätigen Umsturz des Vertrages gedacht, sondern einen neuen Weg eingeschlagen, den vor uns kein Volk der Welt gegangen ist. Das legt auch den anderen Völkern die Pflicht auf, neue Wege zu beschreiten. Wenn dieser Friede, ein wirklicher Friede werden soll, der keine neuen Kriege bringen soll, dann darf dieser Friede nicht bleiben, wie er ist, dann muß ein neuer Geist der Gerechtigkeit dieses Werk der Gewalt reorganisieren. (Beifall bei den Soz.) Mit Genugtuung haben wir von den Entschuldigungen der internationalen Sozialistkonferenz in Luzern Kenntnis genommen. Für uns ist der Friede nicht, wie für Clemenceau, die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Wenn man den Glauben an eine edlere Geinnung, an die Völkerverständigung, eine Utopie nennt, so sagen wir: Kein Sieger ist durch Jahrzehnte gegen die Wendung des Schicksals gefeit. Das beweist besonders die deutsch-französische Geschichte.

### Die Idee des ewig unzerstörbaren Siegfriedens ist die allergrößte Utopie.

Wenn Frankreich den Ruhm behält, als letztes die blutige Wahnhaft behauptet zu haben und wir den Ruhm, als erste ein neues Nebeneinanderleben der Völker auf friedlichem Wege erkämpft zu haben, dann sind wir quitt. (Sehr gut! bei den Soz.) Wenn wir also den Gedanken der Gewalt für alle Zeit aufgeben, so dürfen wir den Gedanken an unser Recht niemals fallen lassen, in unserem eigenen Interesse und im Interesse aller Völker. Wenn das deutsche Volk sich zur Sklaverei erniedrigte, rüffe es alle Völker Europas mit sich herunter. Erst wenn alle Völker das Recht anerkennen, dann ist der wirkliche Friede da, der Friede des gleichen Rechts für alle. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Abg. Graf Pajadowski (D. N.): Wir sind keine Revolutionäre, dazu fehlt uns schon der Napoleon, der siegreiche General des Weltkrieges. (Hört, hört!) Wir sind keine solchen Don Quixotes, daß wir angesichts unserer schmachvollen Wehrlosigkeit und der Stimmung im Volke jetzt gewalttätig die Monarchie wieder aufstehen wollten. (Na, na! links.) Aber grundsätzlich halten wir die monarchische Verfassung für die beste, für den besten Gang der Geschichte. Es gibt keine Kirche ohne Priester, keinen Staat ohne Beamten. (Sciterkeit.) Die Grenze muß gegen wilde Einmischung geschlossen sein. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft sollte in ernstliche Erwägung gezogen werden. In dem Finanzprogramm der Regierung vermissen wir jede Planmäßigkeit. In den Betrieben sollte man das System der kleinen Aktien einführen, um das Interesse der Arbeiter an dem Betrieb zu wecken. Mit den Arbeiterräten sollte ausgedrückt werden. Das System der Heimarbeit muß gefördert werden. Die rechtsstehenden Parteien dürfen nicht mit der alten konservativen Partei gleichgestellt werden. (Widerbrud.) Die Nationalversammlung hätte nach der Erledigung der Verfassung aufgelöst werden müssen.

Abg. J. J. (Z.): Durch den Eintritt der Demokraten in das Kabinett hat die Regierung die erwünschte Erweiterung erfahren. Wir haben nun einen festen Block der Verfassungsparteien. Hinter den Parteien steht die große Masse des Volkes, das wir aus der inneren Fortschrittlichkeit herausziehen wollen zu neuem Leben. Wir müssen Kulturpolitik treiben. Die Grenze muß für die Einfuhr ausländischer Luxuswaren geschlossen werden. Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen. Planmäßige Produktion, planmäßige Preisgestaltung sind zu fordern. (Beifall beim Zentrum.)

Das Haus vertagt sich.  
Mittwoch 1 Uhr: Interpellation Arnkandt (D. N.), Heine (D. N.) über den Schutz der Juugend gegen fälschliche Verwahrlosung, und über die Kinosenatur. Weiterberatung.  
Schluß 11 Uhr.

## Die verworrene Lage im Baltikum.

### Gemeingefährliche Umtriebe.

Noch in Berlin eingetroffenen Meldungen hat der Kommandeur der „Eisernen Division“ im Baltikum, Major B. i. o. f. i., an die Division einen Aufruf folgenden Wortlautes erlassen:

Soldaten der Eisernen Division!  
Die Entente hat der deutschen Regierung gedroht, die Blockade wieder zu verhängen, wenn Ihr Letztland nicht räumt. Die Regierung rief Euch zu: „Legt die Waffen nieder!“ Genau wie im November 1918! Wie Ihr damals heitrogen worden seid, sollt Ihr jetzt wieder heitrogen werden. Ihr habt im April vor mir gegen den Schmach und Vernichtungsfrieden Eure Stimme erhoben, jetzt aber, erst jetzt seht Ihr, daß dieser Friede nicht nur die wirtschaftliche und politische, sondern auch die körperliche Vernichtung des deutschen Volkes bezweckt.

Tausend Paragraphen hat dieser Friedensvertrag und keiner in durchnummerter! Keiner! Die Entente wird, so wie sie sich heute auf dem § 202 beruht, morgen einen anderen zum Vorwand nehmen, um das deutsche Volk zu erdrücken. Darum darf uns auch diese Drohung der Entente nicht schrecken. Unser Nachgeben würde der Heimat doch nichts helfen, in wenigen Tagen würde daselbe Spiel beginnen. Alles, was die Entente sagt, ist Lüge! Nur da liegt sie nicht, wo sie offen anspricht, daß sie die Ausrottung des deutschen Volkes mit allen Mitteln, auch mit den unmoralischsten, erstrebt. Im April hat die amerikanische Militärkommission mit hier in Riga nahegelegt die Eisernen Division möchste Riga nehmen! Damals war der Friedensvertrag bereits vorgelegt, wenn auch noch nicht ratifiziert.

Ich frage die ganze Welt, soweit sie überhaupt noch einen Funken von Moral in sich hat, der nicht von der Lüge erfüllt ist, ob da noch die Entente ein Recht hat, uns gegenüber den § 202 des Friedensvertrages anzuwenden. Tröhdem tut sie es! So wollen wir ihr auch das formliche Recht nehmen, gegen unsere Regierung und gegen unsere Heimat um unerbittlichen Gewalt anzuwenden. Wir wollen das von uns und nur von uns eroberte Land unter russischer Flagge stellen, wir wollen den Russen helfen, ihre Heimat von der Gewalt der Menschheit zu befreien. Ihr wißt, daß ich deutsch bin und deutsch bleibe bis zum letzten Binstripping. So werdet Ihr mir glauben, daß Ihr mir auch auf diesem Wege unbedenklich folgen könnt, daß ich auch hier für Deutschland arbeiten will, indem ich unseren Freunden helfe, und an der Seite des Korps Graf Keller wollen wir unser Recht verteidigen und wenn es sein muß, noch einmal erkämpfen. Wird die Entente uns auch noch da hindern, so zeigt sie nur so deutlich ihr wahres Gesicht. Ihre Drohung gegen uns ist nur ein Vorwand, um das deutsche Volk zu treffen. Darum bleibt fest, Soldaten der Eisernen Division! Und wenn der Engländer Laffen und Eten auf uns heßt, dann wollen wir zeigen, daß wir unseren Namen mit Recht tragen!

Bischoff.  
Major und Kommandeur der Eisernen Division.  
Der Major mag mit seinen Behauptungen tausendmal im Rechte sein: die Regierung kann und darf es sich nicht gefallen lassen, daß er ihren bestimmten Befehlen zuwiderhandelt. Deutschland würde vollends der Anarchie entgehen, wenn jeder Militär so handeln wollte, wie es ihm gefällt. Dieser Major darf keine Stunde länger mehr an der Spitze der Truppen bleiben. Für Leute, die auf eigene Faust Politik treiben, ist im Heer der Deutschen Republik kein Platz.

Hoffentlich besitzen die Angehörigen der „Eisernen Division“ mehr politischen Weitblick als ihr Führer und folgen der von ihm ausgegebenen Parole nicht.

## Die Alandfrage.

Wie der Pariser Vertreter der „National Tribune“ erfährt, ist in Paris eine scharfe Verwahrung gegen die Abtretung von Aland sowohl von Schweden wie von Finnland eingetroffen.

## Aus Lübeck und den Hamburggebieten.

Mittwoch, 8. Oktober.

Das Ende der hanseatischen Gesandtschaft in Berlin? Nach Meldungen aus Bremen haben sich dort Senat und Bürgerschaft entschlossen, in Berlin eine eigene Gesandtschaft zu errichten. Mit der gemeinschaftlichen Vertretung der drei Hansestädte ist man an der Weiser nicht mehr zufrieden. Man ist der Ansicht, daß ganz besonders die wirtschaftlichen Interessen Bremens und Hamburgs sehr häufig einander widersprechen, und daß es für die gemeinsame Gesandtschaft ein Umding ist, diese widersprechenden Interessen wirkungsvoll für beide Teile zu vertreten. Man glaubt sogar gefunden zu haben, daß Bremen dabei mehrfach zu kurz gekommen ist.

Seit der Begründung des Norddeutschen Bundes besteht eine gemeinsame Gesandtschaft der Hansestädte in Berlin. Wenn jetzt die Bremer dazu kommen, dieses Verhältnis zu lösen, so müßten sie vielleicht mancherlei Gründe dazu haben, aber wir können nicht finden, daß sie so gewichtiger Natur sind, um eine vollständige Trennung herbeizuführen. Sollte es für die Regierungen der drei Hansestädte unmöglich sein, zu einer neuen Vereinbarung zu kommen, so wird nichts anderes übrig bleiben, als in den sauren Apfel zu beißen und die Frage der Vertretung der drei Hansestädte in Berlin von Grund auf neu zu regeln. Soweit Lübeck in Betracht kommt, ließe sich wohl ein Ausweg dahin finden, daß unser Stadtrat die Wahrnehmung seiner Interessen in Berlin in Gemeinschaft mit Hamburg oder Bremen regelt. Wir müßten natürlich nicht, in welcher Weise die Interessen Hamburgs und Lübecks irgendwie kollidieren sollten, und da ist es denn schon immer besser, daß wir unser Geschick mit dem des größeren Bruders verknüpfen, zumal Hamburg daran nicht ganz uninteressiert sein kann, daß es Lübeck gut geht; denn das kleinere Lübeck ist, um ein militärisches Bild zu gebrauchen — ganz abgesehen von seiner eigenen weltwirtschaftlichen Bedeutung — die wirtschaftliche Vorhut Hamburgs an der Ostsee.

Die Juden, die Juden! Nach zeitgemäßem Muster hatten auch die Altschlachten mit ihrem heftigen Anhang seinerzeit ihre Firma geändert und sich den Titel Deutschnationale Volkspartei beigelegt. Unter dieser Spitze tummelt sich alles, was irgendwie verbohrt ist und Interesse daran hat, daß die alten reaktionären Zustände wiederkehren. Die „geistige“ Führung in Lübeck übernehmen die „Lübeckischen Anzeigen“, das Amtsblatt unseres Kreisbezirks; es benutzt jede Gelegenheit, um seine Sehnsucht nach Macht und Unterdrückung kundzutun. Die Juden bilden für diese Gesellschaft seit einiger Zeit das „Fleisch“, an dem sie sich laben. Natürlich wollen sie mit den Semiten die ganze Revolution verschlucken. In der letzten deutschnationalen Versammlung führte ein Hamburger Rechtsanwalt Jacobson die Genealogie der Juden vor und das Amtsblatt findet den Inhalt des antisemitischen Vortrages in seiner Auswirkung auf die Gegenwart beachtlich. Die empfangene Weisheit wurde in folgender Resolution festgehalten:

„Die Deutschnationale Volkspartei steht auf dem Boden des deutschen Volkstums und hält es für ihre Pflicht, dies mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck zu bringen. Sie kämpft gegen den unheimlichen jüdischen Verfall, der sich zum Verderben unseres Volkes seit Jahrzehnten immer härter geltend macht und erhebt daher Einspruch dagegen, daß Juden und andere Blutsfremde die Herrschaft an sich reißen.“

Hochaktuell ist dieser Schwindel gerade nicht, aktueller wäre schon ein Aufrufen der Frage über die systematische Arbeit der altschlachten konzentrierten und industriellen Spitze „auf ihrem Wege zur Weltbeherrschung“. Ihren jämmerlichen Schiffsbruch mit antisemitischer Hege zu verdecken, ist zwar die Absicht dieser Volkspartei, doch werden sie damit wenig Erfolg haben. Mit den Blutsfremden wollen die Altschlachten die Stimmung gegen die Regierungsmittglieder machen, da ihnen eine „Judenregierung“ ein Grenel ist. Auf eine krumme Wahrheit mehr oder weniger kommt es den Deutschnationalen aber nicht an, denn entgegen ihrer Behauptung ist festgestellt worden, daß in Deutschland nur ein einziger Israelit in der Regierung sitzt. Und das ist ein Ehrenmann, an dem jeder gemeine Anwurf abprallt. Die Blutsfremden, dem Volksgemüthen Blutsfremden, sitzen in den Kreisen der altschlachten Maulhelden!

Siedlerwünsche und Bauamt. Mit dieser Frage beschäftigte sich Dienstagabend eine stark besuchte Volksversammlung im Gewerkschaftshaus. Herr Dr. Schomburg sprach zunächst über: „Was ist seit der letzten Volksversammlung erreicht worden.“ Nach den Ausführungen des Redners haben sich 21 Siedlungslustige gemeldet, deren Wünsche aber lange nicht alle erfüllt werden können, weil nur 533 Siedlungen vorhanden sind. Insgesamt sind 471 800 Quadratmeter Land ausgeteilt worden. Die Ansprüche der Siedler waren eher bescheiden, als zu hoch. Wünschenwert sei, daß die neugegründete Stelle in Erledigung der Siedlerfrage besser als früher arbeite. Das Ergebnis der Besprechungen mit den Behörden und mit Senator Evers sei leider wenig zufriedenstellend. Großes Mißtrauen sei auch gegen die Bau- und Finanzbehörden vorhanden. Die neugegründete Siedlungsabteilung bei der Baubehörde habe der Siedlungsausschuss nach langer Beratung abgelehnt, weil diese Abteilung nicht dem Bauamt, sondern dem Wohlfahrtsamt angegliedert werden müsse. Es wäre abgelehnt worden, in dieser Behörde mitzuarbeiten. Seit der letzten Versammlung sind dem Siedlungsausschuss mehrere Vereine beigetreten, so daß der Ausschuss rund 10 000 Bürger vertritt. Auch an die politischen Parteien habe man sich zwecks Beitritt gewandt. Von einigen sei auch bereits eine zustimmende Antwort eingegangen. Auch der Arbeiterrat habe seine Unterstützung zugesagt. Redner erörterte dann die Siedlungsanstalt in der Aula des Johanneums und sprach sein Bedauern aus, daß der Senat nicht vertreten sei. Genosse Brechmer sprach darauf über „Das Siedlungsamt“. Redner betonte, daß wir durch den Krieg Land und Schiffe losgeworden seien und unsere Volkswirtschaft heute anders wie früher aufbauen müßten. Eine dementsprechende Denkschrift sei ausgearbeitet worden. Das hiesige Siedlungsamt müsse das ganze Gebiet Lübeck umfassen. Der Boden müsse auf das höchste ausgenutzt und die Wälderstrassen ausgebaut werden. Mehr als bisher müsse man sich unter Hinzuziehung von Sachverständigen der Bodenbearbeitung widmen. Die neue Reichsverfassung bilde eine gute Grundlage für die Siedlungsbestrebungen. Bei Spekulationszwecken müsse eine Enteignung des Bodens unbedingt eintreten. In anderen Fällen sei die Enteignung vorzuziehen zu handhaben. Der Preis für den Quadratmeter Land betrage hier durchschnittlich wieder, wie früher, 4 Mk., während noch im vorigen Jahre 6 Mk. gefordert worden seien. Die meisten Siedlungsfreunde

Neben hauptsächlich nur nach Land. Das Siedlungsamt müsse sich mit der Aufstellung von Bauplänen, Bearbeitung der Bauordnung, Bereitstellung von Baumaterialien usw. beschäftigen. Für Privatbauten seien die Zuschüsse zu erhöhen. In dieser Hinsicht habe das Amt keine Grundstücke geändert. Die Zuschüsse schwanken jetzt, je nach der Höhe der Baukosten, zwischen 38 und 55 Prozent. Dem Siedler sollte der höhere Ertrag aus dem Grund und Boden nur dann zufließen, wenn ein entsprechender Arbeitsaufwand erfolgt sei. Das Siedlungsamt müsse auch in allen Fragen, die bisher der Behörde oblagen, entscheiden können. Daher müsse dieses Amt nicht nur mit Vertretern der verschiedenen Behörden, sondern auch mit Vertretern der verschiedenen Vereinigungen besetzt werden. Herr Stadtdirektor Balzer betont sich zwar als ein Freund der Siedlungsbestrebungen, polemisiert aber gegen manche Behauptungen der Vorredner. Insbesondere kritisiert er das ausgesprochene Mißtrauen gegen die Behörden. Die Ablehnung der Mitarbeit des Siedlungsamts schreibe behauptet er sehr und hebt die großen Verdienste von Senator Evers in der Heimstättenfrage hervor. Wünsche Ideale der Siedler könnten heute praktisch nicht durchgeführt werden, weil die entgegenstehenden Schwierigkeiten zu groß seien. Land könne man wohl verteilten, aber die Anpflanzung sei schwer durchzuführen. Auch bei der Baubehörde hätten sich über 400 Siedler gemeldet. Bei Erfüllung aller Wünsche würden die Zuschüsse des Staates ungeheuer hoch sein müssen. Die wichtigste Frage sei heute aber: Abschaffung der brennenden Wohnungsnot. Die Lösung dieser Frage müsse den Wünschen der Siedler vorgehen. Wichtig sei, daß die Abteilung für Siedlungsfragen nicht dem Wohlfahrtsamt, sondern dem Bauamt angegliedert worden sei. Herr Walch stellte statisch fest, daß die kleineren landwirtschaftlichen Besitzungen wesentlich besser für die Ernährung der Bevölkerung arbeiten als die großen. An der weiteren Aussprache beteiligten sich eine größere Anzahl Redner, darunter auch mehrere unserer Genossen. Die Ausführungen zeigten deutlich, wie tiefe Würzeln der Gedanke des Siedlungswezens geschlagen hat. Nach fast endloser Aussprache wurde folgende Entscheidung angenommen:

„Die am 7. Oktober im Gewerkschaftshaus von allen Kreisen Lübecks besuchte Volksversammlung spricht ihren Unwillen darüber aus, daß die Baubehörde die klare Forderung nach einem Siedlungsamt abgelehnt hat und besteht auf dieser Forderung in derselben Form, wie sie vom Lübecker Ausschuss für Siedlungsfragen in der letzten Volksversammlung am 21. August angenommen worden ist. Sie kann sich nicht damit abfinden lassen, daß diese wichtige soziale Frage der Baubehörde zuerkannt werde, der Behörde, deren Leiter ein Gegner unserer Bestrebungen ist. Wenn das Siedlungsamt einer Behörde angegliedert werden soll, so kommt nur das Wohlfahrtsamt in Betracht. Damit nicht noch mehr kostbare Zeit verloren geht, ermahnt die Versammlung, daß ein großzügiger Siedlungsplan der ganzen Umgebung Lübecks auf Grund eines Wettbewerbs sofort in Angriff genommen wird.“

Die Lübeck-Gezeberger Kreisbahn-Mitteln-Gesellschaft kann in ihrem Jahresbericht für 1918/19 eine erhebliche Steigerung des Personen- und Gepäckverkehrs aufweisen. Es wurden vereinbart 174 458,81 Mark gegen 99 777,45 Mark im Vorjahre. Der Güterverkehr erbrachte 127 005,02 Mark gegen 74 344,13 Mark im Vorjahre. Die Gesamteinnahmen stellten sich auf 302 031,70 Mark. Die Betriebsausgaben einschließlich Verwaltungskosten betragen 234 355,60 Mark. Für Wohlfahrtszwecke wurden 20 250,17 Mark für Unterhaltung, Ergänzung und Erneuerung 63 282,10 Mark ausgegeben. Die Gesamtausgaben sind nach dem Geschäftsjahresbericht hauptsächlich infolge von Mehraufwendungen für die Beschaffung von Zugkraft und Wagen infolge der Einführung des Achsstundentages, beträchtlicher Lohnerhöhungen und der Gewährung von Teuerungszulagen an Beamte um 70 803,39 Mark höher gewesen als im vorliegenden Jahr. Es ergibt sich ein Ueberschuß von 17 696,10 Mark. Zusätzlich des Ueberschusses aus dem Vorjahre von 10 701,13 Mark stehen also zur Verfügung 28 397,23 Mark, die veranschlagten Konten zugeföhren werden sollen. Dividende gibt es danach für das verfloßene Geschäftsjahr nicht.

Der Verband der Gastwirtschaftlichen (Verkehrslokal Gasthaus „Drei Krönen“, Koil 6, Tel. 1889), beschäftigte sich in seiner Mitgliederversammlung mit dem städtischen paritätischen Arbeitsnachweis für das Gastwirtschaftsgewerbe, der hoffentlich bald errichtet wird. Ueber den Verbandstag in Hannover berichtete Kollege M. Brandt. Ueber den neu abgeschlossenen Lohnvertrag entspann sich eine lebhafte Debatte. Die Meinung ging dahin, daß der Tarif nur ein Vorzeil für die Arbeitgeber zum Nachteil für das Publikum bedeute und zum großen Schaden für die Angestellten sei. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Der Verband der Gastwirtschaftlichen, Ortsverwaltung Lübeck, erklärt sich mit dem von den hiesigen Wirtschaftskreisen und dem Geschäftsausschuß abgeschlossenen Tarif nicht einverstanden und wird mit allen Mitteln danach hinarbeiten, einen der Zeit entsprechenden Tarif in aller Eile zur Ausführung zu bringen.“

Warnung vor Auswanderung! Die Kolonialhandels- und Ferngeschäftsgesellschaft m. b. H., Berlin S. 59, Camphausenstraße 18. Leiter: Kaufmann Joseph Sandmann, wirbt für ein Siedlungsunternehmen in Argentinien. Die von ihr verbreiteten Werbeproschüren benutzen jedes Rodmittel, um Mitglieder zu gewinnen. In den Auskünften auf Anfragen Auswanderungslustiger wurden falsche Angaben gemacht. Ein Siedlungsplan ist nicht aufgestellt. Sicherstellung der Einlagen der Gesellschafter ist nicht vorgesehen. Vor der Beteiligung an dem Unternehmen wird gewarnt.

Die soziale Gesetzgebung und was fordern die Arbeiter zu ihrer Verbesserung, ist der Verhandlungsgegenstand in der öffentlichen Versammlung am Donnerstag abend um 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Alle Arbeiterinnen und Arbeiter, die praktisch in die Gestaltung der kommenden Gesetzgebung, zur Verbesserung der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung, sowie der Witwen- und Waisenversorgung eingreifen wollen, müssen zu dieser Versammlung erscheinen. Der Referent, Arbeitersekretär Gogowski, ist seit 20 Jahren auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung tätig. In gesunden Tagen die Versorgungsberechtigten zu gestalten, um im Falle des Bedürfnisses geschützt zu sein, das ist die Aufgabe der denkenden, vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft. Darum Gewerkschaftler und Parteigenossen, sorgt für Massenbesuch.

Sinfoniekonzert. Zwei große Orchesterwerke verzeichnet die Vortragsfolge des ersten Sinfoniekonzertes: Max Regers ursprünglich für zwei Klaviere geschriebenen und erst kurz vor dem Tode des Komponisten instrumentierten Beethoven-Variationen und Beethovens Achte, mit der Herr v. Hoßlin bei dem Probe dirigieren debutierte. Zwischen beiden Werken spielt Felix Berber das Brahmsche Violinkonzert.

Polizeibericht. Ermittelt und festgenommen wurde ein Diebstahl aus Kiel und ein Handlungsgeselle aus München-Gladbach, die Dienstag morgen gemeinschaftlich den Versuch machten, ein bei einer hiesigen Bank hinterlegt gemeinsames Fahrrad zu stehlen. — Ferner ein hiesiger Arbeiter, der von der Außenarbeit als Strafanstalt Lauerhof entwichen war und seine Freiheit gleich wieder dazu benutzte, einen neuen Diebstahl auszuführen. — Festgenommen wurde ein in der Schwarzauer Allee wohnhafter Handlungsgeselle, der in Gemeinschaft mit noch zwei weiteren Komplizen vor einiger Zeit in der Weinteller einer hiesigen Weinhandlung eingebrochen war und aus dem Keller eine größere Menge Rheinwein gestohlen hat. — Des weiteren wurde ein Arbeiter und zwei Arbeiter festgenommen, die einen Einbruchsdiebstahl in einem Geschäft in der Fischergrube ausgeführt und demselben Kleidungsstücke im Werte von 2000 Mk. gestohlen hatten. — Festgenommen wurden 3 Leute der Besatzung eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers, die gemeinschaftlich von einem anderen Schiffe eine größere Menge Lebensmittel und Tabak gestohlen hatten. — Wegen Verbrechens gegen § 218 wurde eine in der Johannisstraße wohnhafte Ehefrau festgenommen. Die Festgenommene, gegen die bereits ein gleiches Verfahren (s. weibl.) hatte durch das neubegangene Verbrechen den Tod einer anderen Frau verurteilt. — Am 6. ds. Mts. ist im Laufe des Vormittags ein am Hauße der Ortstafelstraße hinterlegt gewesenes Fahrrad mit

schwarzen Felgen, gebogener Lenkstange und der Polzeinummer 17615 gestohlen worden. Auf der Straße befindet sich der Name der Firma Walter Schmidt, Lübeck. — Von einem Säuhmann überzogen und festgenommen wurde in der Nacht zum 7. ds. Mts. ein jugendlicher Arbeiter von hier, der in der Kriegstraße am alten Bahnhof einen Einbruchsdiebstahl verübte.

Gestohlen wurde am 7. ds. Mts. mittags gegen 2 Uhr ein vor der Post hinterlegt gewesenes angeglichenes fast neues Fahrrad mit der Fabriknummer 22148. Das Rad hatte gelbe Holzfelgen und gelbe Schutzbleche. Für die Wiederherbeischaffung des Rades ist eine Belohnung von 100 Mark ausgesetzt. — Mittels Einbruchsdiebstahl wurden in der Nacht zum 7. ds. Mts. aus einem Lebensmittelgeschäft in der Hülstraße: 25 Pfund dänische Kunstbutter, etwa 10 Dosen Bocu Bulli gea. C. & E. Morlion L. T. D., etwa 20 Dosen Kaffee Cailars und etwa 20 Pfundchen Kets.

Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz bzw. wegen Steuerhinterziehung wurden einige hiesige Wirte zur Anzeige gebracht. Diese hatten aus Brennspirit Schnaps für ihre Gäste hergestellt, der unter dem Namen „Brennabor“ große Absatz fand. Bei einem der Wirte konnte ein großer Vorrat des aus Brennspirit hergestellten Schnapses beschlagnahmt und sicher gestellt werden.

Kohlenstiehlungen. Auf dem Bahnhof Dänischburg wurde das Fehlen zweier Waggons mit Kohlen bemerkt, die für die hiesige Ueberlandzentrale bestimmt waren. Angestellte Ermittlungen über den Verbleib der Kohlen führten zu dem Ergebnis, daß die Waggons auf Grund gefälschter Duplikatfrachtbrieve nach Cutin verschoben waren, nachdem sie bereits durch die Hände 4 verschiedener Schieber gegangen waren. Als Haupttäter wurde der Eisenbahnbedienter Fritz Hans Rudolf Christian Reuter, geboren am 11. 10. 1895 in Altessewitz bei Wismar, ermittelt, der auf genanntem Bahnhof stationiert war. Reuter entzog sich durch die Flucht seiner Festnahme. Sein Beihelfer, ein stellungsloser hiesiger Handlungsgeselle, konnte dagegen hier ermittelt und festgenommen werden. Nach Lage der Sache ist anzunehmen, daß von Reuter noch mehrere Waggons mit Kohlen verführt nach Mecklenburg verschoben sind. Die nach Cutin verschobenen Kohlen konnten wieder herbeigeschafft und dem rechtmäßigen Empfänger zugestellt werden.

I. I. Cutin. Eine zahlreich besuchte öffentliche Gewerkschaftsmittgliederversammlung nahm Montag Stellung zum Präsidentenwechsel. Genosse Gloe ging auf den geheimen Kampf zwischen Agrariern und dem Präsidenten Dr. Meyer-Rodenberg ein, den man zum Rücktritt zwingen, um eine gesünderen Person an seine Stelle treten zu lassen, die den Machtverhältnissen der Agrarier kein Hindernis bereiten werde. Bei den Landesausschüssen hatten die Deutschnationalen durch ihre schamlose Wählerarbeit gesiegt, seien dadurch wieder dreifach aufgetreten und hätten die Rücktrittsproklamation des Präsidenten in Szene gesetzt. Genosse Gloe forderte auf, einzig für das Weibchen Meyer-Rodenbergs in seinem Amte einzutreten. Der Kernpunkt der ganzen Präsidentenfrage sei die Trennung der Provinz Lübeck von Oldenburg und der Anschluß an Schleswig-Holstein oder Preußen. Der Präsident wolle den Vertrag zugunsten der Provinz abschließen, während Geheimrat Wilmis sich den Vertrag von Oldenburg diktiert ließe. Petersen erklärte sich mit der Ansicht des Arbeiterrates solidarisch und besprach die geringeren Ausgaben von Lebensmitteln in Cutin. In der weiteren Diskussion wurde u. a. die Uebernahme der Präsidentschaft durch ein Parteimitglied gefordert. Gegen wenige Stimmen trat die ganze Versammlung für das Verbleiben des jetzigen Präsidenten in seinem Amte ein. Weiter wurden Lebensmittelfragen und der Schleichhandel besprochen.

Schönberg. Pferde diebstahl. Vorgige Woche wurden dem Domänenwächter Vierling auf Hof Bodowich von einem Knecht 3 Pferde gestohlen. Der Knecht hatte die Pferde an einen Pferdeshlächter in Lübeck für 12 000 Mk. verkauft, erhielt aber zunächst nur 2000 Mark als Anzahlung. Mit diesem Gelde ist der Dieb flüchtig. Als der Käufer von diesem Diebstahl erfuhr, meldete er sich, sodas die Tiere dem Eigentümer wieder zugestellt werden konnten.

Hamburg. Das außerordentliche Kriegsgesetz verurteilte den früheren Desinfektor Urend zu 3 1/2 Jahren Gefängnis. Er hat eines Tages vor dem Gewerkschaftshaus zu mehreren Leuten geäußert, er habe den Sturm auf das Rathaus mitgemacht und die Wahrenfelder bis ins Kofett hineingetrieben. Die Untersuchung ergab weiter, daß U. mit anderen Leuten am selben Tage noch die 3ter Kaserne in Altona gestürmt und dort eine Kasse mit etwa 600 Mark und eine Anzahl Zinscheine gestohlen hatte. Wegen Aufruhrs wurde ein Schreiber Grams zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

Hamburg. Streik auf den Flugschiffswerken. Der Verein der Flugschiffswerken, Gruppe Hamburg, hat den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 14. August nicht anerkannt: deshalb sind folgende Betriebe in den Streik getreten: Klein, Hoyer, Beddel, Frank, Steinwärdt, Dexters, Ork-Werke, Flint, Reiberstieg; Heidmann, Wilsenhorst; Hinrichsen, Lübbens, Rothenburgsort. Zugang ist fernzuhalten. Ferner ist der Dampfer „Recht-Baldsch“ für die Zimmerarbeiten gesperrt.

Hamburg. Die Unabhängigen für die Reichswehr. Die kommunistische Arbeiterzeitung warf den U. S. P. vor, daß sie in der Bürgerwehr für die Auflösung des Wahrenfelder Jagdkorps gestimmt habe. Nun verteidigt sich die Volkszeitung folgendermaßen: „Wahr ist an dieser Sache, daß auch laut Friedensvertrag wir Militär in Hamburg dulden müssen. Nun wurden wir vor die Frage gestellt, was das für Truppen sein sollen. Ehe wir nun landfremde Truppen hierherkommen lassen, deren Tätigkeit ja noch in aller Erinnerung ist, — wir erinnern nur an die Bayern, — geben wir doch lieber den Wahrenfeldern, unter denen sich viele Hamburger befinden, den Vorzug. Wir haben von den beiden Uebeln das beste gewählt, und zwar aus dem Grunde, weil wir wissen, daß diese Hamburger Truppen sich nicht so leicht zu einem monarchistischen Putsch, der von rechts kommt, gebrauchen lassen. Wir haben uns aber noch von anderen Gesichtspunkten leiten lassen, deren Erwörterung wir im Interesse der Arbeiterbewegung doch lieber unterlassen wollen.“ — Andere Gesichtspunkte hatte seinerzeit auch der bekannte Emil Barth in Berlin, der sich an Reichswehroffiziere anschmuckte und aus Kostengründen unabhängige Sturmtruppen machen wollte. Es hat eben alles seine zwei Seiten.

Hamburg. Gründung einer Arbeitergenossenschaft. In einer im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Betriebsversammlung des Wahrenfelder Bekleidungsamts wurde mitgeteilt, daß die im Auftrag der dortigen Arbeiter und Angestellten geglossenen Verhandlungen mit dem Reichswehrministerium zu dem Ergebnis geführt haben, daß die gesamten Betriebe mit Grundstücken, Maschinen und Einrichtungen der Arbeitergenossenschaft zu günstigen Bedingungen übergeben werden. Es wurde die Gründung einer Arbeitergenossenschaft Wahrenfelder Bekleidungsamt e. G. m. b. H. beschlossen. Die der Genossenschaft bis jetzt erteilten Aufträge sichern eine volle Beschäftigung von mehr als 600 Arbeitern bis zum Frühjahr 1920. Weitere erhebliche Aufträge stehen in Aussicht, sodas die Anzahl der in den Betrieben der Genossenschaft zu beschäftigenden Genossen in absehbarer Zeit wird beträchtlich erhöht werden können.

Altona. Die Beteiligung an der Senatswahl war außerordentlich gering. Von den eingeschriebenen Wählern haben nur 10,81 Proz. von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Das heißt, es haben abgestimmt 12 438 von rund 113 000 Wählern. Von den 12 438 Abstimmenden erzielten die sozialdemokratischen Listen rund 10 300, die beiden bürgerlichen Listen rund 2300 Stimmen. Das Resultat ist nicht gerade ein Zeugnis dafür, daß die Bevölkerung den kommunalen Angelegenheiten dasjenige In-

teresse entgegenbringt, das für ein reges politisches Leben nötig wäre.

Neumünster. Um einen Baufonds zu einem großen Gemerkschaftshaus zu bekommen, wurde vom Gemerkschaftsstadtrat beschlossen, von jedem der 10 000 Mitglieder 20 Mk. zu erheben. Das Geld wird nicht zurückgezahlt.

Pinneberg. Bei der Wahl von 100 Mitgliedern der Magistratsmitglieder wurden drei Sozialisten, darunter der Kaufmann Högner als Beigeordneter, und ein Bürgerlicher gewählt. Auch im Stadtverordnetenkollegium verfügen die Sozialisten über eine ansehnliche Mehrheit; von 24 Sitzen haben sie 15 inne, sodas die gesamte Stadtvertretung hier aus 18 sozialistischen und 10 bürgerlichen Mitgliedern besteht.

Rostock. Gegen den 8-Stunden-Tag. Die Mecklenburgische Handelskammer äußerte sich gegenüber der Schweriner Regierung über den Entwurf des Reichsarbeitsministeriums betr. Arbeitszeit: „Der Entwurf von Vorschriften über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter ist nicht geeignet, in der vor uns liegenden wirtschaftlich aufs äußerste angepannten Zeit die Grundlage für die Arbeitszeit in der deutschen Industrie zu bilden. Wir lehnen ihn daher entschieden ab.“ „Als unverklauselt gegen den Achtstundentag. Die Handelskammer kennen Rechte nur für ihre Geldsachinteressenten. Für ausgebreitete Beschäftigungszeit der Handelsangestellten waren sie stets zu haben. Die organisierte Arbeiterkraft wird da auch noch ein Wort mitzureden!“

Rostock. Ein Lebensmittelkontrolleur erschossen. Am Sonnabend ist der Kontrolleur für Mühlen- und Bäckereibetriebe der Doberaner Kreisbehörde, Fritz Tejmar aus Doberan, auf der Chaussee Reischow-Doberan erschossen aufgefunden. Tejmar hatte am Sonnabend die Mühle in Reischow revidiert und dabei erhebliche Unregelmäßigkeiten festgestellt. Auf dem Nachhausewege nach Doberan ist er dann unweit Reischow erschossen worden. Als der Tat resp. der Auffindung dazu dringend verdächtig sind der Erbpächtersohn Albrecht Peters und der Müllerlehrling Fritz Wegner, beide aus Reischow, verhaftet worden.

Kröbelsin. Von der elektrischen Leitung getöbet. Die 20jährige Köhler kam mit einem durchgerissenen, herabhängenden Draht der Hochspannungseitung bei Reinschagen in Berührung und wurde sofort getöbet. Die Bedauernswerte wollte sich dieser Tage verheiraten.

Niebuß. Was man heute für Pferde zahlt. Zwei Pferdehändler aus dem Volksstaat Sachsen hatten im Kooge zwei Stuten und zwei Hengstfüllen (Belgier) in Grünung gehabt. Die Tiere wurden von zwei Männern von der Insel Seeland zum Gesamtpreise von 110 000 Mark gekauft. Die eine Stute, eine neunjährige mit einem 1 1/2-jährigen Hengstfüllen wurde für 60 000 Mark und die andere Stute, 7jährige, mit auch einem 1 1/2-jährigen Hengstfüllen für 50 000 Mark verkauft.

Seide. Lustig gelebt. Erschossen hat sich hier der 41jährige Landwirt Harms aus Harburg. Er ließ sich in der Wirtschaft einige Groggs geben und sodann eine Glasette, die er in Gemeinschaft eines jungen Mädchens trank. Mit den Worten „Nun ist es vorbei“, zog er vor den Augen der anwesenden Gäste einen Revolver und schoß sich eine Kugel in die Schläfe.

Glückstadt. Bei Wahl von Magistratsmitgliedern wurden vier Sozialdemokraten gewählt. Die bürgerlichen Parteien hatten keinen Kandidaten aufgestellt.

Bremen. Im Straßenbahnerstreik sind die Einigungsverhandlungen gescheitert. Die Vertreter der Straßenbahn erklärten, diese Vorschläge der Arbeiter nicht anerkennen zu können, seien aber bereit, den am 27. September gefällten Schiedsspruch für das Werkstättenpersonal anzunehmen mit der alleinigen Ausnahme der Regelung der Vorarbeiten und erklärten, bezüglich der Entlohnung der ungelerten Arbeiter zu weiteren Zugeständnissen bereit zu sein. Die Arbeitervertreter beharrten aber auf einer Einigung auf Grund der von ihnen gemachten Einigungsvorschläge. Die Verhandlungen sind demnach gescheitert.

## Theater und Musik.

Hansa-Theater. „Die Faschingsfee“, Operette in 3 Akten von Emmerich Kalman. Unsern kurzen Bericht über die erfolgreiche Erstaufführung dieser Operette seien noch einige Bemerkungen hinzugefügt. Zunächst über den Text resp. die Handlung. Die letztere ist das vielfach benutzte Altschöne. Eine reiche, verwitwete heißblütige Fürstin, natürlich aus Ungarn, verliebt sich auf dem Münchener Fasching in einen Wiener und bekommt ihn dann auch richtig nach mancherlei Abenteuer. Im Text fehlt es nicht an Ueberrheiten, Trivoltäten und Sentimentalitäten, wovon vieles auch „schon dagewesen“ ist. Doch bei einer Operette ist ja die Musik die Hauptsache. Und Kalman versteht es, solche nach dem Geschmack und Verlangen eines großen, auf künstlerische Werte verzichtenden Publikums zu machen. Nach seinen leichtesten Weisen kann man heiße, verführerische Tänze vollführen; seine Melodien prägen sich auch leicht ein und mehr wird von vielen nicht nur nicht verlangt, sondern oft gar verschmäht. Nun zur Darstellung. Uda v. Pauli war als Faschingsfee elegant, manchmal sehr lustig oder auch brustfrei, kostümiert, spielte temperamentvoll und charmant und bildete so das Licht, das die Moten anzieht. Herr Kugelberg war ein leiser, verliebter Anbeter und Maler der Faschingsfee. Sehr drölig markierte Herr Streifen einen jungen aristokratischen Lebemann, dem in Frau Uda ein netter kleiner Käser von Choristin ans Herz geflogen war. Von den übrigen Mitwirkenden ist bereits früher gesagt worden; daß sie sich nach ihrem Vermögen um die Sache bemühten. Herr Kapellmeister Jorgiebel leitete die Aufführung mit der nötigen Elastizität.

## Neueste Nachrichten.

Eine große Streikbewegung in Königsberg.

II. Königsberg, 8. Oktober. In Königsberg sind am Dienstag plötzlich die Sinnenmacher, Transportarbeiter und die Arbeiter in den Elektrizitätswerken in den Ausstand getreten. Die Lebensmittelversorgung ist im höchsten Grade gefährdet. Der Straßenbahnverkehr ruht vollständig. Ebenso die Versorgung mit elektrischem Licht und Strom. Das Kraftwerk wurde mit militär-technischen Hilfskräften besetzt, die die Wiederaufnahme des Betriebes versuchen wollen. Andernfalls müßte auch das Gaswerk den Betrieb einstellen. Es wird mit einer weiteren Ausdehnung des Streiks gerechnet.

Die Amerikaner gegen den Drill in den deutschen Schulen.

II. Koblenz, 8. Oktober. Die amerikanische Botschaft macht bekannt, daß das interalliierte Verwaltungskomitee der Rheinlande eine Entschiedenheit angenommen hat, allen militärischen Drill in den öffentlichen Schulen im besetzten Gebiete zu vermeiden, bis die Angelegenheit durch die interalliierte Kommission für die Ueberwachung Deutschlands endgültig entschieden ist.

Belagerungszustand in Amerika.

II. Aus dem Haag, 8. Oktober. Aus Newyork wird gemeldet: Ueber die Hauptstädten der amerikanischen Stahlindustrie wird der Belagerungszustand verhängt werden. Dies steht im Zusammenhang mit Unruhen, die dort seit Tagen haben.

Schweres Eisenbahnunfall in Mexiko.

II. Amsterdam, 8. Oktober. Bei einem Zugunglück zwischen Benegas und Saltillo wurden 60 Personen getöbet und viele verwundet.

Besamtwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.

Verleger: H. Schwars. Druck: Friedrich Meyer & Co. Gedruckt in Lübeck.



## Ein Jubiläum des Perpetuum mobile.

Da in diesem Oktober ist ein Vierteljahrtausend vergangen, seitdem einer der merkwürdigsten und vielseitigsten deutschen Erfinder, Athanasius Kircher, mit seiner Aufsehen erregenden „Sphaera Magica Archimedeae“ hervortrat, die nichts Geringeres sein sollte, als ein Perpetuum mobile. Aus diesem Anlaß widmet Dr. v. Bilguer in der „Naturwissenschaftlichen Wochenschrift“ diesem Universalgenie der Barockzeit einen interessanten Aufsatz. Es hat wohl kaum je einen vielseitigeren Gelehrten gegeben als Kircher, der nach einem wechselvollen Leben in Rom seinen ungeheuer ausgedehnten Wirkungskreis fand. Denn abgesehen von seiner Tätigkeit als Seelforger und als Professor der gregorianischen Universität in Rom, beschäftigte sich dieser Priester, der 24 Sprachen sprach und schrieb, eingehend mit 17 verschiedenen Wissenschaften. Als seine Forschungsgebiete werden aufgezählt: allgemeine Naturwissenschaft, Magnetismus, Optik, Gnomonik (Sonnenuhren betreffend), Musik, Kunst, Astronomie, Medizin, Philosophie, Philologie, Theologie, Paläographie (Wellschrift), Archäologie, Geschichte, Geographie, endlich „Prebendation“ und Magie. Ueber seine Studien und Ergebnisse hat er in mehr als 30 verschiedenen Werken berichtet, fast alles riesige Folianten, wie sie in so monströsem Umfang nur die Bibliothek des Barock her vorbrachte. Kircher hat während seines langen 78jährigen Lebens viel für die Wissenschaft geleistet; er war z. B. der erste, der in einem von ihm verbesserten Mikroskop Bakterien sah und diese „Würmchen“ bereits mit der Pest in Beziehung brachte. Am berühmtesten aber ist er bei seinen Zeitgenossen durch seine Erfindungen geworden, deren wichtigste noch heute im Collegio Romano aufbewahrt werden. Es sind dies ein Arithmo- und ein Pantometer, eine mathematische Orgel und die Laterna magica, durch deren Erfindung er der Urvater des Kinos geworden ist. Nach langen Studien und Versuchen hat er im Oktober 1689 auch ein Perpetuum mobile hergestellt, an dessen Möglichkeit damals noch die größten Gelehrten glaubten und in dessen Bau man die Lösung des tiefsten Weltgeheimnisses sah. Ihm sowohl wie den andern Erfindern eines solchen Apparates war freilich das Prinzip von der Erhaltung der Energie unbekannt, durch das bewiesen ist, daß keine Energie ohne Aufwand einer gleichen Menge derselben erzeugt werden kann. Kirchers Apparat besteht aus einem Kasten, auf dem sich zwei ziemlich große Kugeln befinden. Die erste Kugel ist von Metall, die zweite von Glas und zur Hälfte mit Wasser gefüllt, auf dem ein mit Magneten versehener Globus schwimmt. Kircher nahm nun folgenden Vorgang an: die in der Metallkugel eingeschlossene Luft wird durch Einwirkung der Tageswärme verdrängt und strömt in ein mit Wasser gefülltes Gefäß, dessen Inhalt sie mittels einer Röhre in ein höher gelegenes Gefäß drückt. Das hier angesammelte Wasser fällt nun tropfenweise auf ein mit 24 Eimerchen versehenes Rad, und die in die Eimerchen sich ergießende Wassermenge ist derartig berechnet, daß die Umdrehung des Rades in 24 Stunden erfolgt. Das Rad setzt einen unter der Glaskugel befindlichen Magneten in drehende Bewegung, der seinerseits den im Wasser schwimmenden magnetischen Globus bewegt. Dieser kann nun, da seine Umdrehung sich in 24 Stunden vollzieht, als Uhr oder Anzeiger anderer Dinge verwendet werden. Das über das Rad abfließende Wasser sammelt sich in einem eigenen Behälter, von wo es mittels einer Röhre durch die durch die Nachtschäfte verdrängte Luft der Metallkugel in seinen ursprünglichen Behälter zurückgelangt wird, worauf das gleiche Spiel von neuem beginnt.

## Ein verblühener Dichterkern.

Biel zu früh für die sozialistische Arbeiterschaft sprach vor nunmehr 30 Jahren in dem sächsischen Rudenstädtchen Lunzenau im Alter von 35 Jahren ein Mann, dem die weltlichste Arbeiter großes Vertrauen entgegenbrachten. Das war damals, unter dem Sozialistengesetz, nicht so leicht wie heute, wo viele Arbeiter in hellen Scharen dem größten Schreiber nachlaufen. Da mußten die Sporen anders verdient werden. Und Dr. Max Vogler hat redlich dazu beigetragen, wenn seit Jahrzehnten in ganz Westfalen, von Leipzig über Chemnitz bis ins Vogtland hinauf, der sozialistische Gedanke tiefer in den Massen wurzelt, als das in mancher andern Gegend in Deutschland der Fall ist.

## Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegelet.

### 5. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Ein Ausdruck so furchtbarer, himlischer Wut lag in seinem Gesicht, daß der alte Schmied furchtbar zurückwich, als wenn er in dem Sohn den Meister gefunden hätte. Er warf den Feuerhaken heiselt und sagte ruhig:

„Tu den Hammer weg!“

Im Augenblick aber, wo dieser den Hammer hatte sinken lassen, hürrte sich dieser auf ihn. Der Sohn wich dem Schläge aus und schrie: „Schlag mich nicht! Schlag mich nicht!“ Dann hielten die beiden Männer sich umschlungen, sie sagten jetzt kein Wort mehr, bald waren ihre Gesichter dunkelrot vom Wiedererschüttern der Glut, bald starrten sie sich mit weislichenden Augen an, während einer den andern unterzukriegen suchte. Es gelang dem Alten, den Sohn in einen Haufen eiserner Reifen hineinzumwerfen, dann kniete er auf ihn und schlug zu, daß das Blut hinuntertroff, jeden Schlag mit einem kräftigen Fluch begleitend. Darauf warf er den halb Ohnmächtigen zur Tür hinaus und sagte ihm, er solle sich an der Pumpe waschen.

In der nächsten Nacht brannte Gustav durch.

„Wie ich's mache, weiß ich nicht, aber ich mach's!“ Dies Wort wurde der Wahlspruch seines Lebens. Mit diesem Wort bahnte er sich von nun an seinen Weg durch dick und dünn, überwand er die Borstenteile derer, die nichts von ihm wissen wollen, legte er Hindernisse nieder, die unüberwindlich schienen, errang er Erfolge auf Erfolge, die man kaum für glaubhaft hielt, die man am allerwenigsten aber ihm zugezählt hätte. Denn der finstere, wortreiche Burde mit den trüglichen Augen unter buschigen Brauen, mit der buckligen Stirn, die wie aus Metall getrieben schien, machte auf alle Leute den Eindruck eines Dummkopfes.

Als gewöhnlicher Erdarbeiter bei der Bahn fing er an. Mehrere Jahre fühlte er ein elendes Dasein. Aber in dem Zusammenleben mit diesen bunt durcheinander gewürfelten Haufen lernte er seine Leute kennen und beherrschten. Ohne je eine Grammatik in der Hand gehabt zu haben, lernte er doch so viel polnisch und italienisch, daß er sich notwendig verständigen konnte. Abends sah er noch lange nach in seiner Erdhütte, wo die andern längst auf ihren Strohsäcken schliefen, und brütete über technischen Schrägeln, die er sich von seinen Erparnissen gekauft hatte. Den ganzen Tag über wälzte er bei der Arbeit die halb verstandenen Probleme in seinem Kopf hin und her. Eine finstere Schwermut lagerte während dieser ganzen Jahre auf ihm, die ihn viel älter erscheinen ließ, als er war. Er litt unter seiner Stellung, er litt darunter, daß er sich auf einem falschen Platz befand. In einer wahren Berlekerfremut schwang er seine Hacke und riß die Erd-

Als am 8. Oktober 1889 Max Vogler die Augen nach Lunzenau, aber qualvollen Leiden unter den Händen eines leichtfertigen Arztes für immer schloß, lastete noch das Schandgesetz auf den Massen, denen daher das Wirken Voglers noch nicht so merkbar war. Deito mehr aber wußten unsere tätigen Genossen den Verlust zu schätzen. Und sie fühlten, wie ihnen der alte Wilhelm Liebknecht am Grabe Voglers aus dem Herzen sprach, als er sagte, hier sei mehr als ein Mann der Partei, hier sei ein Mann des Volkes ins Schattenreich gegangen.

Vogler besaß eine unfaßliche Bildung, war begabt mit einem hervorragenden Dichter- und Schriftstellertalent und einer scharfen Beobachtungsgabe, die ihn bald die Widersprüche einer „göttlichen Weltordnung“ erkennen ließ. Wenn er trotz seiner zahlreichen Werke im klassenbewußten Proletariat weniger bekannt geblieben ist, dann liegt die Schuld an den unglücklichen Zeitverhältnissen, unter denen sein Schaffen begann und endete. Es fiel direkt mit der Wirksamkeit des Sozialistengesetzes zusammen, unter dem jedes freie Wort verpönt war. Dann wurde er mitten aus dem Schaffen einer Reihe größerer Werke herausgerissen, so daß sein Name wohl in den Gelehrten- und Schriftstellerkreisen weit hinaus bekannt war, aber dem Volke selbst ist er in weitem Umfange ein Unbekannter geblieben, zumal er einen Teil seiner Werke unter Pseudonym herausgab. Und doch leuchtete blühartig sein Name in der deutschen und ausländischen Presse auf, als 1884 die Staatsanwaltschaft seinen Roman: „Der Herr Kommerzienrat“, eine moderne Geschichte, auf Grund des Schandgesetzes verbot, da sich der bekante sächsische Großindustrielle Kommerzienrat Vogler, der in Chemnitz, dem Wohnort Voglers, eine große Spinnerei besaß, beleidigt fühlte.

Die realistische Schilderung des Arbeiterinnenlebens der damaligen Zeit fiel den Kapitalgewaltigen auf die Nerven. Und was sich an Kritik unter Voglers Feder formte, sah wie Peitschenhiebe. Nur schade, daß man ihn wegen — der Verjährung nichts anhaben konnte. Das Werk blieb verboten und wurde nun umso eifriger gelesen.

Vogler war in Lunzenau, wo er auch verstarb, am 13. Juni 1854 als Sohn des alten 48er Demokraten und Webermeisters Aug. Vogler geboren, der bis ans Lebensende stolz auf seine Teilnahme an den damaligen Freiheitskämpfen war. Dem Sohn ließ er gute Bildung zu teil werden, trotzdem Schmalhans Küchenmeister war. Der Junge sollte und wollte zunächst Volksschullehrer werden, aber in seinem Wissensdrange wuchs er darüber hinaus. Nach der Seminarbildung (1872) nahm er Privatunterricht, um sich die Gymnasialbildung anzueignen. Die Kosten bestritt er durch Erteilung von Klavierunterricht. Mit glänzenden Zeugnissen ausgestattet, begab er sich auf die Universitätsstudien, die dem jungen, freisinnig gesinnten Weltbürger nicht schwer wurde. Er wandte sich nach Zürich. Das Land der Berge war sein Ziel. Dort, wo nicht jeder freie Gedanke unter der Polizeifuchtel zu leiden hatte, wo das Volk sich selbst regierte, zog es ihn hin. Ein großer Romanfreund, wie er, konnte sich nichts Schöneres denken, als die romanischen Berge und Täler der Schweiz, wozu ja seine engere Heimat, das schöne Rudenstädtchen von Pelitz bis Kochlich und umitten die alte Kochsburg und das wunderbare Brauseloch der Phantastie die Anregung gab. Hier regte sich schon in frühester Jugend sein dichterisches Schaffen.

Hier ist's so still! Des Flusses Rauschen tönt  
Im Tale fort in immer gleichem Takte;  
Vom Wetter grau, an Wind und Sturm gewöhnt  
Schaut kühn die Burg vom hohen Bergeswalde.

Hier wohnt der Frieden, hier die süße Ruh!  
Da rührt sich nicht des Tages wüttes Lärmen,  
Der Wald nur raunt dir seine Märchen zu,  
Hier magst du träumen und hier kannst du schwärmen!

Heimatliebe besaß der Dichter in ausgeprägtester Weise, wie so viele Stellen seiner Werke beweisen. Uebertroffen mag sie von der Mutterliebe gewesen sein, die ihn bei seiner Abreise nach der Schweiz singen ließ:

Ein Mutterherz! Gib's rein're Glimmen,  
Die eine Menschenbrust verschließt?  
Seht, wie die heiße, heiße Träne  
Ihr von der braunen Wange fließt!

Es half nichts. Er schnürte sein Kängel, aber nicht ohne noch seinen heimatischen Bergen und Wäldern Lebewohl zu sagen:

Langsam gleitet Blatt um Blatt  
Nieder von den Bäumen.  
Und im Winde weht's vorbei,  
Von verflungenen Träumen.

hollen herunter, als wenn er selber dort unten noch im tiefen Dunkel begraben läge und sich auf diese Weise zum Licht emporarbeiten könne. Wie war er eigentlich frohlich, auch nie betrunken. Aber wenn irgend einer ihn reizte, so ergriff ihn ein Jähzorn, daß er in seiner Rührtheit sinnloser und beständiger war, als andere im tollsten Rausch. Nachdem er mehrere Jahre lang auf diese Weise gearbeitet, hatte er sich die Mittel erspart, in Zürich ein technisches Institut zu besuchen. In einem Alter, wo die jungen Leute vom herkömmlichen Bildungsgang schon als fertige Ingenieure in den praktischen Dienst eintreten, fing er erst an zu lernen. Und wie gering die Vorkenntnisse auch waren, die man damals von den Schülern verlangte, so wurde ihm der Weg durch die Hörsäle doch fast noch schwerer als der Weg dahin. Er zeichnete sich durch nichts aus als durch die dumpfe Entschlossenheit, womit er Tag und Nacht arbeitete, freilich ohne äußere Erfolge zu erzielen. Nur seine konstruktiven Arbeiten waren derart, daß die Lehrer einerseits über die naive Einfachheit des Phantasten, der von der ungeheuren Komplexität wirklicher Verhältnisse keine Ahnung zu haben schien, lachten, und ihn auf der anderen Seite doch wegen seiner Originalität und einer gewissen grandiosen Kühnheit in seinen Entwürfen verwundert ansahen. Diejenigen von seinen Lehrern, welche ihm wohlwollten und ihn nicht ganz verworfen, meinten, er sei in seiner Art ein Genie, aber ein dumpfes Genie, ohne den erleuchtenden Funken des Verstandes, das nie etwas Realisierbares schaffen würde. Er hatte darauf nur immer die verzweifelte Antwort: „Gebt mir einen Mathematiker, der die Rechnungen in den Einzelheiten richtig stellt, machen werde ich es schon selbst!“

Mit Mühe und Not bestand er seine Examina und führte dann wieder ein vagabondierendes Leben, jetzt aber wenigstens als Unteringenieur. Damals in der Zeit der rapiden Eisenbauten fand jeder, der einigermaßen vernehmbar war, eine Stellung. Jahrelang glückte es ihm nicht, sich irgendwo hervorzuheben. Da schlug endlich seine Stunde. Er hatte eine Stelle als Ingenieur der Anton-Bahn, die damals den Bau der schon einmal verfrachten ungarischen Nordostbahn fortsetzte. Wegen eines großen Sumpfes sollte die Schienenstrasse in einem meilenlangen Bogen geführt werden, was nicht nur die Herstellung um Hunderttausend verteuerte, sondern auch die Linie unrentabel machen mußte. Horstmann reichte ein Projekt ein zur Ueberbrückung des Sumpfes. Zum Glück hatte er einen Freund gefunden, der seinem hilflosen plumpen Entwurf einen wissenschaftlichen Anstrich gab. Er reiste nach Budapest und trat persönlich für seinen Vorschlag ein. Einem Verhör von Finanzleuten und Ingenieuren unterzogen, wählte er auf all deren Kräu- und Quertreden nur die halbschlarige Antwort zu geben: „Wie ich's mache, weiß ich nicht. Aber ich mach's.“

Die halbe Verzweiflung der Unternehmern, die am Ende ihrer Mittel standen, denen jede Tollkühnheit besser schien als der sichere Ruin, machte für das Projekt günstig. Horstmann

Und ich schau von Bergeswand  
Still hinauf zum Tale,  
Lesse grüßend rauscht der Wald,  
Ach, zum letzten Male!

Mit diesem Seufzer in der Brust ging er nach Zürich, wo er am 15. Oktober 1878, 19 Jahre alt, in die philosophische Fakultät der Universität eintrat.

Er pflegte ein umfangreiches Studium und verkehrte viel unter den politischen Emigranten, damals Russen, von denen er namentlich den Nihilismus kennen lernte. Das kam ihm später bei der Abfassung seiner Schrift: „Was ist der Nihilismus“ zugute, die 1881 im Anschluß an das aufsehenerregende Attentat am 13. März auf den russischen Zaren Alexander, erschien.

Obwohl er Zürich schon am 31. Juli 1874 wieder verließ, hat der dortige Aufenthalt ohne Zweifel nachhaltigen Einfluß auf Voglers ferneres Schaffen ausgeübt. Es zog ihn wieder nach Hause, wo er zunächst Privatstudien trieb. Nun hatte er sie wieder:

Die blauen Berge, die duftige Ferne,  
Der Fluß im Tale so sonnig und hell,  
Am Wege leuchtende Blumensterne,  
Nun bin ich wieder ein lust'ger Gesell.

Am 24. April 1875 ging er nach Jena, um am 27. Oktober, desselben Jahres bereits die Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin zu beziehen, wo er bis 5. August 1876 verblieb, um dann an der Universität Leipzig seinen „Doktor“ zu machen. Da er nur fünf Semester hinter sich hatte, wurde er dort abgewiesen, wandte sich aber nach Freiburg i. Br., wo er mit der Schrift „Die sardischen Vieder des Sigurd“ glänzend bestand. Inzwischen hatte er sich aber bereits der Tageschriftstellerei gewidmet, wobei ihn Theodor Lobisch in der „Dresdener Presse“ beifällig war. Auch arbeitete er an einigen Aufsätzen mit. Seine formvollendeten politischen Arbeiten fanden lebhaftes Interesse. Seine novellistischen Arbeiten: „Im Banne Mammons“, Berliner Sittenbilder, der soziale Roman: „In den Gewittern der Zeit“, die elsässische Geschichte: „Im Dorf der Schmieb“, eine Maländer Geschichte: „Sprengel“ fanden ebenso reichen Erfolg wie die politische Antwort auf das Buch des Bismarckhändlers Wirth Busch, der er den Titel gab: „Bismarck und nicht seine Leute.“

Als ein scharfer Kritiker der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erwieb er sich in dem 1880 erschienenen Werke: „Die Verwahrlosung der modernen Gesellschaft“, in dem zwar das sittliche Moment im Kampfe um die soziale Frage noch in dem Vordergrund trat, das aber nichtbedeutender die gesellschaftskritische Literatur außerordentlich befruchtete hat. Wenn auch das Werk von Max Nordau, das später erschien, „Die konventionellen Lügen der Kulturmenschen“, einen größeren buchhändlerischen Erfolg aufzuweisen hat, so enthält es doch nicht viel mehr, als das voglerische Werk auch. Seine mannigfachen Anregungen als Redakteur des „Leipziger Allgemeinen Wochenberichts“ und der umfassende Verkehr mit bekannten Volkschriftstellern, Peter Rosegger, Robert Schweigel, Prof. Rosmähler, Wilhelm Liebknecht u. a., machten dem jungen Schriftsteller bald einen Namen, und Liebknecht gewann Vogler auch für die Redaktion der „Neuen Welt“. Zwischen durch war „Der Herr Kommerzienrat“ erschienen und verboten worden, wodurch Vogler ganz von selbst zur Politik gedrängt wurde.

Vor dem hatte er schon als Student unter seinen Studien- genossen durch seinen „Studentenfremd“ und sein Schillerjahrbuch im sozialistischen Sinne zu wirken versucht. Bei der damaligen Rückständigkeit der studentischen Jugend allerdings ein ausichtsloses Beginnen.

Wohl versuchte Vogler von der Politik los zu kommen. Er war an der Bearbeitung einer Geschichte von der Zeit der Kreuzzüge bis auf die neueste Zeit in poetischer Form und schaffte gleichzeitig an einer Oper „Der Schelm von Bergen“, von der zwei Akte fertig geworden sind. Auch die erstere Arbeit kam nicht zu Ende, da er dem Drängen des sozialdemokratischen Buchhändlers Robert Walter in Crimmitschau nachgab und die Redaktion an dessen „Stadt- und Landanzeiger“ übernahm, später auch in die „Burgstädter Zeitung“, eintrat, dem Vorläufer der „Volksstimme“ für den 10., 14. und 15. sächsischen Wahlkreis, die dann nach Chemnitz überbedelte.

Der politische Tageskampf beeinträchtigte sein größeres literarisches Schaffen und erforderte von dem nicht gerade mit Gütern gesegneten Schriftsteller große Opfer. In Crimmitschau zahlte Walter noch 600 Taler jährlich, in Burgstadt — 25 Mark monatlich. Da wanderte der Redakteur oft zu Fuß von seiner

führte seinen Willen durch. Die scheinbare Unergründlichkeit des Sumpfes, der immer neues Material verschluckte, ein Ausbruch von Typhus, wiederholte Meutereien der Arbeiter, nichts konnte ihn zur Umkehr bewegen. Am festgesetzten Tage glitt die Maschine über die Eisenstränge hin, leicht schaukelnd auf dem moorigen Grunde, während zu beiden Seiten des Damms trübe Wasserblasen aus dem Sumpfe aufstiegen. Die Bahn wurde von staatslichen Sachverständigen abgenommen. Der tollkühne Ingenieur lachte über die Wildheit dieser Leute, die pedantisch einige Kleinigkeiten beanstandeten und nicht merkten, daß an manchen Stellen der Bahndamm ein hohles Bretterwerk war, um das nur lockere Erdmassen geschüttet waren. Er wußte wohl, daß in absehbarer Zeit das Holz verfaulen würde, doch inzwischen hoffte er, würde sich der darüber geschüttete Erdkörper genügend konsolidiert haben, um die Bahn zu tragen.

Von nun an gab es keinen begehrteten Ingenieur als ihn. Er war mit seiner Rückwärtslosigkeit, die ohne Bedenken das eigene wie fremdes Leben aufs Spiel setzte, der gesunde Mann für die großen, oft auf Schwindel gegründeten Gesellschaften, die nach dem Wie nicht fragten, denen es nur darauf ankam, daß eine Bahn möglichst billig und bis zur festgesetzten Zeit gebaut wurde. Er wußte, vor nichts mehr zurück. Keine Aussicht auf Durchbohrung tiefer Berge, nicht die Notwendigkeit haushoher Dämme, nicht Flüsse noch Sumpfe, noch Felsen schreckten ihn zurück. Da, wo die andern jaghaft wurden, setzte seine Kraft ein. Er verachtete alle Regeln der Schule und richtete eine förmliche Revolution an durch seine Art zu bauen.

Wenn früher die Herbeischaffung des Materials in dieser der Kultur entlegenen Gegend eine der größten Schwierigkeiten gewesen war, so stellte er den Grundriß auf, die Bauweise mußte sich nach der Beschaffenheit des Landes richten, und man mußte das Material verwenden, das man vorfand. Wenn es früher gebräuchlich hatte, der Kies, den man als Unterlage verwendete, dürfe nicht kleiner als eine Erbse, nicht größer als ein Taubenei sein, so sagte er, daß Kies überhaupt nicht nötig sei, und verwendete stat dessen Sand oder Asche oder irgend ein anderes Stofmaterial. Ebenso machte er es mit den Ziegelsteinen und mit anderen Dingen. Aber es war weder Gewissenhaftigkeit noch Gewinnsucht, die ihn so handeln ließen, sondern vor allem die Empörung gegen alle hergebrachten Lehren, gegen alle Autoritäten, für die er, der Selbstmademan, eine fast gefällige Verachtung bewies. Und dann war es auch das stolze Vertrauen auf die Kraft, das Bewußtsein, daß ihm alles zu wagen erlaubt sei, worin die Keinen Geister zurückschreckten. Oft, wenn er sich selbst in seinem Innern jaghaft fühlte, waren es gerade die wohlwollenden Ermahnungen seiner Freunde und die Angriffe seiner Feinde, die seinen Eigensinn aufstachelten, daß er nur noch trotziger und vermessener vorging.

Fortsetzung folgt.

Wohnstätte zur Reibaktion der dreimal wöchentlich erscheinenden Blattes, nur um durch sein liches Malben- und Brauereial zu weiten, dessen Schönheiten ihn auch im Winter reizten:

Ein Wintertag, die Luft war kalt, doch klar,  
Und rings ein Leuchten, still und wunderbar,  
Auf weichen Feldern ging ein Funkensprüh'n,  
Als drängt es alles schimmernd aufzubüh'n.  
Kein Bogenschlag — in aller Runde weit  
Rauslos und ernst erhabene Einlamkeit.  
Ich schritt den Wald hinauf, gewohnten Pfad,  
Der über Schluchten streift, steil und grad  
Zur Höhe führt, von der mein Aug' so gerne  
Hinauf schweift in lang' vertraute Ferne.

Hier fand er Entschädigung dafür, daß ihn die bürgerlichen Freunde für sein mutiges Eintreten für die Arbeiterklasse im Stiche ließen. Ihnen schrieb er höhnisch, aber nicht verlegend, ins Stammbuch:

Du mußt der Welt dich recht geschmeidig zeigen,  
Dich freundlich neigen, lächeln gegen alle,  
Und ganz besonders, was du denkst, verschweigen:  
So steht es gut mit dir in jeden Falle.

Die Wahrheit ist der Grund, auf dem ich stehe,  
Sie hab' ich mir zur Führung auserlesen;  
Was andre tun, was sonst um mich geschehe —  
Ich bleibe immer, der ich stets gewesen!

Frei, wär's auch bitter, muß das Wort uns fliehen,  
Soll echte Freundschaft fügen sich zusammen;  
Habt Dank für jede Güte, mir erwiesen —  
Ich kann nicht anders — mögt ihr mich verdammen!

Das haben sie reichlich getan, wofür ihn aber die Lungenauer Arbeiter ins Stadtparlament schickten. Seinen ehrlichen und offenen Charakter haben die Gegner anerkennen müssen und nach seinem Tode ist mancher von ihnen zur Ueberzeugung gekommen, daß mit ihm doch ein Mann davongegangen war, auf den zutraf, was er selbst einst einem seiner wohlhabenden Freunde in die Ohren flüsternd nachgerufen hatte:

Was so du gibst, kann nicht verwahrn,  
Stets wird man noch dein Wirken spüren,  
Und wie die Zeiten kommen, gehn,  
Wirst du begeistern noch und rühren.  
Und niemand soll es dann von allen  
Bekümmern, wenn die Schollen fallen  
Auch in dein Grab einst dumpf und schwer —  
Und drüber ruht ein Schläfer mehr!

Linus Scheibe (Stenbal).

### Deutscher Protest gegen belgische Uebergriffe.

Der Vertreter der deutschen Regierung bei der Waffenstillstandskommission in Düsseldorf übergab dem Vorsitzenden der belgischen Waffenstillstandskommission eine Note, welche drei Fälle namentlich erwähnt, in denen deutsche Staatsangehörige auf dem rechten Rheinufer von belgischen Heeresangehörigen verhaftet, in das besetzte Gebiet verschleppt und dort von den belgischen Kriegsgerichten verurteilt worden sind. Die Note protestiert gegen diese Verletzung der deutschen Hoheitsrechte in diesen Fällen, in denen die deutsche Gerichtsbarkeit zuständig ist, fordert Aufhebung der Urteile und Rückzahlung der Strafen und verlangt Maßnahmen gegen Wiederholung solcher Vorkommnisse.

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

##### Die Reform des Auswärtigen Dienstes.

Was schon längst angestrebt wurde: eine gründliche Reform des Auswärtigen Dienstes, nimmt jetzt endlich greifbare Gestalt an. In dem neuen Etat des Auswärtigen Amtes tritt nach der „Frankf. Ztg.“ der Unterschied zwischen Diplomatenlaufbahn und der Konularkarriere deutlich in Erscheinung. An die Stelle der vier Abteilungen, der politischen (der außerdem noch zwei Personalabteilungen, eine für diplomatischen und eine für konsularen beigegeben waren), der handelspolitischen, der juristischen und der Nachrichtenabteilung werden Ländergruppen treten. Und zwar sollen verschiedene Länder nach politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefaßt werden. So werden in der Abteilung Ostasien nicht nur Japan und China, sondern auch die anderen Länder des politisch und handelspolitisch einheitlich zu behandelnden Gebietes vertreten sein. An die Spitze der Ländergruppen treten Ministerialdirektoren. Zwei Unterstaatssekretäre sollen die Gruppen zusammenfassen und das in diesen bearbeitete Material zu politischen und wirtschaftspolitischen Beschlüssen führen. Bei der Reform kommt es natürlich außerordentlich viel darauf an, welche Personen das Auswärtige Amt auf die entscheidenden Posten stellt. Um künftig in der Auswahl nicht mehr so beschränkt zu sein, wie in der Vergangenheit, um nicht mehr angewiesen zu sein auf die aus dem Adel und der Schwerindustrie stammenden Persönlichkeiten, bringt der Reichstag eine Erhöhung der Gehälter, damit auch den Unbemittelten der Zugang zum auswärtigen Dienst ermöglicht wird. Für den Nachrichtenendienst wird ein einheitliches Pressebureau des Reichstanzlers und des Auswärtigen Amtes geschaffen werden.

##### Berfassung oder Friedensvertrag?

Auf einer Tagung des Landesverbandes Berlin der Deutschen Volkspartei erklärte der Abgeordnete Laverenz in seinem Referat über die Tätigkeit der Fraktion in Weimar unter anderem:

„Richtiges als die Verfassung, die dem Werke Bismarcks den Todesstoß verleiht habe, sei der Friedensvertrag; diesen und nicht die Verfassung sollte man jedem kapitalistischen Schüler in die Hand drücken.“

Wir haben nichts dagegen, daß jeder junge Mann beim Eintritt der geistigen Reife den Friedensvertrag auf Staatskosten gestellt erhält. Nur soll auf der ersten Seite der Vermerk stehen: Dies ist der Vertrag, den die Monarchie und das Abendland über das deutsche Volk gebracht haben.“ Mit diesem Vermerk sollte die Verbreitung des Friedensvertrages sich sogar als ungenügend erweisen.

##### Die Novelle zum Branntweinmonopolgesetz.

Der Nationalversammlung ist eine Novelle zum Branntweinmonopolgesetz vorgegangen. Die Novelle bestimmt, daß ganz allein die Reichsmonopolverwaltung berechtigt ist, Branntwein, mit Ausnahme von Rum, Arrak, Kognak und Sekt, aus dem Auslande in das Monopolgebiet einzuführen. Die Einfuhr durch andere ist verboten. Vorläufig wird es noch nicht möglich sein, Trimbrennwein in den Verkehr zu bringen, da der gesetzliche Betrag an Konsumtrollen noch zu groß ist und infolge der

Abteilung des Branntweinmonopolgesetzes zurückgegangen ist. Die Novelle soll Branntwein für gewerbliche Zwecke (Koch-, Beleuchtungszwecke, Industrie) sicherstellen und die Einfuhr in geregelte Bahnen setzen, um den Schleichhandel zu verhindern.

### Keine Entlastung der D. S. L.

In einem zum 5. Oktober geschriebenen Artikel: „Vor einem Jahre“ hatte Scheidemann u. a. eine kleine Epilobe erwähnt, wie er am 29. September 1918 in einer vertraulichen Sitzung bei Herrn von Hinge, als der Zusammenbruch Bulgariens berichtet wurde, und einige Herren die Situation immer noch nicht begreifen wollten, diesen zugerufen habe: „Bekennen Sie doch nicht vollkommen die Situation, machen Sie sich doch bitte mit dem Gedanken vertraut, daß hier vielleicht sehr bald ein Arbeiter- und Soldatenrat seine Sitzungen abhalten wird.“

Aus diesen Worten will die „Tägliche Rundschau“ folgern, daß Scheidemann „in jenen Tagen genaue Kenntnis von den revolutionären Plänen und Absichten der Umstürzler gehabt haben muß. Bisher sei immer behauptet worden, daß die Revolution erst durch das überreife Waffenstillstandsangebot der D. S. L., durch die Bankrotterklärung der D. S. L., also am 5. Oktober, in Gang gebracht worden sei. Die Voraussage der Revolution am 29. September durch Scheidemann beweise, daß die Revolution schon früher geplant gewesen sei; Scheidemanns Worte bedeuteten eine bemerkenswerte Entlastung der D. S. L.“

Dieser Reinwaschungsversuch Ludendorffs ist so ungeschickt und kindlich wie möglich. Scheidemanns Worte am 29. September gründeten sich selbstverständlich durchaus nicht auf einer Kenntnis bestimmter Verschönerungsabsichten, wie sie ja auch in den kritischen Novembertagen gar keine Rolle gespielt haben, sondern seine Prophezeiung war Ausdruck eines gesunden politischen Instinktes, der richtig kalkulierte, daß der Zusammenbruch Bulgariens der Anfang des Zusammenbruchs der Mittelmächte überhaupt sei, und daß dieser Zusammenbruch notwendigerweise in die Revolution ausmünden müsse. Scheidemann konnte den vollen Umfang der bulgarischen Katastrophe schon am 29. September, das Volk erfährt die volle Tragweite der Situation erst am 5. Oktober durch die Bankrotterklärung Ludendorffs. Infolgedessen wurde im Volke der Gedanke der Revolution erst von da ab lebendig.

### Kleine politische Nachrichten.

Nach Meldungen aus Wien ist es der Grenzpolizei in Sobodach gelungen, den Mörder des sächsischen Kriegsministers Neuring, Karl Hermann Busse, zu verhaften. B. wurde der sächsischen Behörde übergeben. Wegen bösscher Agitation im polnischen Heere verurteilte das Feldgericht Posen den Litzker Sachse aus Polen zu fünfzehn Jahren Zuchthaus, sowie drei weitere Angeklagte aus Lodz namens Wicker, Neumann, Nachligall, zu je zehn Jahren Zuchthaus.

Die Parteien Birkenfelds veranstalteten in Oberdorf eine gemeinsame Kundgebung gegen die Regierung Böller.

Der Prozeß gegen zwölf ehemalige Mitglieder der republikanischen Soldatenwehr in Berlin ging Montag vor dem Kommandanturgericht zu Ende. Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen. Denjenigen, die in Haft gewesen waren, wurde der Anspruch auf eine Entschädigung für die unschuldig erlittene Freiheits- einbuße zugestanden.

In Leipzig sind seit Dienstag die militärischen Wachen in den öffentlichen Gebäuden durchweg verstärkt worden. Rings um das Reichsgerichtsgebäude wurde Stacheldraht gezogen. Für alle Dienststellen besteht erhöhte Alarmbereitschaft. Die Maßnahmen sollen mit kommunistischen Putzabsichten zusammenhängen, die den militärischen Stellen bekannt geworden sind.

Dr. Lewin, einer der Führer der Münchener Räterepublik, ist Dienstag in der Fußdorferstraße in Wien verhaftet worden. Lewin leugnete anfangs, der Gesuchte zu sein, gab aber bei seinem Verhör auf der Polizei seine Identität zu.

Die Bolschewisten haben neuerdings Kiew besetzt. Sm Rücken der Armee Denikins sind Unruhen ausgebrochen. Almerida hat am Sonntag vor der gesetzgebenden Versammlung die Präsidentschaft der Republik Portugal übernommen.

In der Türkei ist unter Eli Reza Pascha ein neues Ministerium gebildet worden. Das Ministerium soll im Austrage des Sultans sofort Neuwahlen vorbereiten.

### Portugal.

#### Eisenbahnerstreik.

In Lissabon ist ein Streik der Eisenbahner ausgebrochen, der sich über ganz Portugal ausgedehnt hat. Truppen halten die strategischen Punkte mit Maschinengewehren besetzt. Montag kam es zu Kundgebungen, wobei zahlreiche Verhaftungen von der Polizei vorgenommen wurden.

### Zur Brennstoffversorgung.

Aus der Nachrichtenabteilung des Landungsversorgungsamtes in Lübeck wird uns geschrieben: In der Bürgerschaft wurde von dem Mitgliede der sozialdemokratischen Fraktion Herrn Niebert dem Senatskommissar die Frage vorgelegt, wieviel Holz und Kohle pro Monat an die Bevölkerung zur Verteilung kommen werde. Die Frage konnte nicht beantwortet werden, weil die hiesige Mittelteilung mit dem Erlösen um Austausch nicht in die Hände des Senatsmitgliedes gekommen war. Bei der Wichtigkeit der Angelegenheit erscheint es aber notwendig, schon jetzt Mittelungen über sie zu machen. Leider muß gesagt werden, daß über die gesamte Winterversorgung der Bevölkerung mit Koks, Steinkohlen oder Breittens bindende Verpflichtungen irgendwelcher Art nicht gemacht werden können. Die Ortshoheitler lebt von der Hand in den Mund, und ihre ganze Sorge kann nur darin bestehen, daß wenigstens keine Störung in der Zufuhr der Brennstoffe eintritt. Sie zu heigern, liegt außerhalb ihrer Kraft, wenigstens sind alle Versuche dazu bisher ergebnislos gewesen. Wenn an einem Tage 3 Wagen mit je 200 bis 300 Zentnern Koks einlaufen, gehört das schon zu den Ausnahmefällen; meistens handelt es sich nur um einen Wagen. Gebraucht werden für Hausbrand und Kleingewerbe (mit einem Verbrauch bis zu 10 Tonnen monatlich) — die Belieferung des Großgewerbes geschieht von Hamburg aus — bei einer Abgabe von 2 Zentnern Koks für die Haushaltung mit Gas und 5 Zentnern für die Haushaltung ohne Gas bei einer Kartensbelieferung 5000 Tonnen. Die Zentrallieferungen fallen dabei ganz aus. Vorhanden waren am 21. September 2768 Tonnen. Schon aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, wie trübe die Aussichten für den Winter sind und mit welchen Sorgen die Bevölkerung der kalten Jahreszeit entgegengehen muß. Infolge des bei weitem nicht ausreichenden Bestandes an Koks kann die Anfangs-November in Kraft tretende Karte D nur zu einem Teile beliefert werden, und zwar mit 1 Zentner Koks und 2 Zentnern Holz für Haushaltungen mit Gas, mit 3 Zentnern Koks und 4 Zentnern Holz für solche ohne Gas. Dabei müssen Haushaltungen, die mehr als 5 Zentner Koks besitzen, überaus aus der Belieferung ausgeschaltet werden. Daß die Lage überaus ernst ist, ergibt sich aus diesen Zahlen ohne weiteres. Wie es mit der Belieferung der folgenden Karten bestellt sein wird, ist auch in den nächsten Wochen noch nicht zu entscheiden, es sei denn, daß die Zufuhr in ganz erheblichem Maße wächst, was aber auch den bisherigen Erfahrungen

kaum anzunehmen ist. Wesentlich günstiger stellt sich Lübecks Versorgung mit Holz, Geschnitten werden:

im Staatsforst Kraalsdorf	30 000—40 000 Raummeter
im Staatsforst Ribbenau	5 000
im Staatsforst Kranzforde	5 000
im Staatsforst Behlendorf	5 000
im Privatforst Brandenbaum	20 000
im Privatforst Walfsdorf	500
Wanzensee	500
im Hospitalforst Falkenhufen	500
im ganzen	66 000—76 000 Raummeter.

Gekauft sind ferner 50 000 Zentner und 21 500 Raummeter Holz; davon sind bis jetzt geliefert 27 180 Zentner und 2250 Raummeter. In welchem Maße die Reflektionen erfolgen wird, steht noch dahin. Aufgabe der Ortshoheitler wird es natürlich sein, auch diese Mengen zu erhalten, wenn die Aussichten dazu auch nicht eben sehr groß sind. Im Torf sind angekauft 600—650 Waggons; geliefert bis jetzt 21 971 Zentner. Daß noch größere Mengen einkaufen, ist kaum anzunehmen. Sparsame Bewirtschaftung wird auch für Holz und Torf geboten sein, schon mit Rücksicht auf die durchaus unsichere Belieferung mit Koks.

### Gewerkschaftsbewegung.

Streik auf Offschampfer. In Danzig und anderen östlichen Häfen ist das Dampferpersonal wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

### Reich und Ausland.

Demonstrationszüge gegen die Nahrungsmittelversorgung des so notwendigen Brotgetreides und anderer Lebensmittel sowie den Wucher, welchen die Landwirte damit treiben, veranstalteten dieser Tage 2—3000 Arbeiter von Kaiserlautern nach den nahe gelegenen Dörfern und brachten ihre Wünsche vor den rasch zusammenberufenen Gemeinderäten vor, wobei Lehrer und Ortsgeistliche hinzugezogen wurden. Die Veranstaltung verlief in ruhiger, ernster Weise. Ebenso geschah es in mehreren Orten des Bezirkes Kujes, wo auch Hunderte von Arbeitern durch die Dörfer zogen und von Rotte zu Rotte Plakate mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Schleichhandel und dem Wucher“ getragen wurden.

Ein schwerer Eisenbahnunfall hat sich im Sauerlande auf der Ruhrbahn in der Nähe von Olsberg ereignet. Ein von Kassel kommender Güterzug entgleiste und 28 Güterwagen wurden ganz oder teilweise zertrümmert. Der Materialschaden ist sehr bedeutend.

Eine schwere Lungengrippe-Epidemie mütet nach einer Meldung aus Buenos Aires derzeit in ganz Argentinien. Die Krankheit hat einen überaus ernsten Charakter.

### Vermischtes.

Ein „politischer Märtyrer“. Zur Verurteilung des Hauptschuldigen an den Offenbacher Kommunistenrazzalen, des Arbeiters Wilhelm Eisenreich aus Zwickau i. S., zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust, bemerkt die „Freiheit“: „Die Ehrlosmachung politischer Gegner gehört zu den wichtigsten Waffen der Scheinsozialisten.“ Dieser „politische Gegner“ ist ein alter Zuchthausbruder, der unter anderem während des ganzen Krieges wegen Einbruchsdiebstahls im Zuchthause gelessen hat. Sage mir, wen Du schützt, und ich werde Dir sagen, wer Du bist.

### Handel und Industrie.

#### Gemeinwirtschaft in der Heilmittelherzeugung.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Ztg.“ aus Wien wird in Oesterreich beabsichtigt, die Heilmittelherzeugung in Gemeinbesitz überzuführen. Es soll eine deutsch-österreichische Heilmittelstelle errichtet werden. Das Kapital stellt zum Teil der Staat durch die Einrichtungen der früheren Militärmedikamentedirektionen, zum Teil steuern die Laboratorien des Wiener kaiserlichen Krankenanstalten-Fonds her. Der Rest wird durch die Ausgabe von Teilschuldverschreibungen verschafft. Die neue Anstalt soll hauptsächlich die Belieferung der Krankenhäuser und Krankenanstalten zum Zweck haben, also gewissermaßen wie eine Einkaufsgenossenschaft wirken. Sie wird sich aber nicht damit bescheiden, die Heilmittel von den Unternehmungen zu kaufen, sondern sie wird zugleich diese Unternehmungen kontrollieren. Die Verwaltungsorgane der Gesellschaften werden nur noch zur Hälfte von den österreichischen Heilmittelstelle, teils von den Betriebsräten der Arbeiter und Angestellten bestellt werden. Auch werden die Aktiengesellschaften sowohl der gemeinwirtschaftlichen Anstalt als auch den Arbeitern und Angestellten ihrer Betriebe einen Anteil an dem Reingewinn einräumen. Die Firmen haben freiwillig einer Umwandlung in Gesellschaften gemeinwirtschaftlichen Charakters zugestimmt. Die Heilmittelstelle ihrerseits wird selber die Erzeugung von Chemikalien betreiben und hierzu die frühere kaiserliche Munitionsfabrik auf dem Steinfeld bei Wien verwenden.

### Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion des Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Wichtig für Raucher! Wie man sich heute vor Verlusten schützen kann, besagt nachstehende Begebenheit: Am 6. ds. Mts. sah ich im Ladenfenster eines bekannten größeren Tabakgeschäftes in der Hofenstraße Tabak liegen, mit der Etikette versehen: „100 g 4,95 M.“ Ich ging in den Laden hinein und verlangte, wohlüberlegt, „100 g Tabak zu 4,95 M.“ Ich hatte ihn bald, und die erste Pfeife hätte mir entschieden besser geschmeckt, wenn ich nicht folgende Feststellungen hätte machen müssen: Ich wag mich diese, gefüllte Rute, in der ich den Tabak erhalten hatte, ab. Sie hatte wirklich nur den vierten Teil des Gesamtgewichts, nämlich 25 Gramm. Das bedeutet also für den Händler für eine 100-Gramm-Lüte Tabak einen Gewinn von mindestens einer Mark, wenn man ihm, autgemeint, 25 Pfg. für die Rute gesten läßt, neben seinem regulären Gewinn, der sicher auch nicht gering sein wird. Am nächsten Morgen ging ich nach dem Geschäft zurück und verlangte energisch meinen fehlenden Tabak oder mein Geld. Der erste Ladengehilfe hielt sich wohl nicht für zuständig, mir in der Frage Antwort zu geben, warum man so starke Lüten benötige; holte ich seinen Kollegen her, und dieser erwiderte sich nun mir zu sagen: „Ja, mein Herr, wir müssen starkes Papier nehmen, damit der Tabak nicht zu viel an Gehalt verliert.“ Danach mußte der Tabak also reichlich feucht sein, sonst könnte er doch nicht einem so bedeutenden Gewichtsverlust unterworfen sein. Ich will diese Entschuldigungen gelten lassen, aber ich sehe nicht ein, warum das Publikum Lüten vom vierten Teil des Gesamtgewichts mit in Kauf nehmen und sie mit über einer Mark bezahlen soll. Wie man eine solche Handlungsweise nennt, wird wohl jeder selbst wissen. — Doch weiter. Inzwischen hatte man mir einen dritten Herrn geholt. Ich glaube, es war der Chef. Dieser hielt es aber anerkennend für besser, eine Auseinandersetzung zu vermeiden, und so ordnete er an, daß man mir das Gewicht einer solchen Rute in Tabak erlöse, aber auch diesmal wieder in einer Rute, wenn auch einer kleineren, die ich mir gern gefallen ließ; denn ich war mit dem nachgelieferten Tabakquantum sehr zufrieden. Daß ich recht hatte, ist wohl durch die Erfahrung des Tabaks zur Genüge bewiesen. Möge es jeder andere so haben oder noch besser, indem er sich gleich beim Einkauf danach richtet, denn wir sind heute wirklich nicht so gestickt, daß wir bei den unerhört teuren Tabakpreisen auch noch Papier voll Tabak in Kauf nehmen können. K. R.